

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Ausbehalter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr:
 beträgt für die sechsgepaltenen Koloniel-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenspreiser: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Sonnabend, den 1. Juli 1899. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
 und der Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren,
 sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
 monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonne-
 ments zum Preise von

3 Mark 30 Pfennig

für die Monate Juli, August und September

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungs-
 liste für 1899 unter Nummer 7820).

Von dem Roman im Unterhaltungsblatt erhalten neu hinzuge-
 tretene Abonnenten die bisher erschienen Fortsetzungen nach-
 geliefert.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Fälschung,

welche im Bureau des deutschen Reichstags verübt worden
 ist, hat, wie das nicht anders sein konnte, ein ungeheures
 Aufsehen erregt. Die reaktionäre Presse, für welche die
 Aufdeckung dieses wohl beispiellosen Standals ein be-
 täubender Schlag ist, hat sich bisher begnügt, den Brief
 Ballestrens ohne Kommentar und an möglichst wenig auf-
 fälliger Stelle zum Abdruck zu bringen — die übrige Presse
 ist aufs tiefste empört, hat aber zum Teil noch nicht die
 Sprache vollständig gefunden, welche zur Brandmarkung und
 Kennzeichnung der That die allein passende ist.

An anderer Stelle veröffentlichen wir die Urteile der
 Presse, soweit sie von Belang sind.

Und nun über die That selbst einige Worte.

Die Fälschung setzt ein ungewöhnliches Maß von Selbst-
 vertrauen und Keckheit auf Seiten der Urheber voraus. Der
 Urheber, sagen wir, dem ein einzelner konnte, der Natur der
 Sache nach, die That gar nicht verüben.

Die Urheber waren Leute, die gewohnt sind, sich über
 Gesetz und Recht hinwegzusetzen und die durch Erfahrung
 zum Glauben gelangt sind, daß sie keine Strafe zu be-
 fürchten haben. Es ist im Reichstag sehr oft schon vor-
 gekommen, daß z. B. aus den Räumen der Wahlprüfungs-
 Kommission wichtige Aktenstücke zeitweilig oder für immer
 verschwunden sind. Jedermann nannte im Privatkreis den oder
 die Urheber, allein keiner ist jemals deshalb zur Verantwortung
 gezogen worden. Das ist diesmal anders. Diesmal liegt in
 der Handlungsweise eine so freche übermüthige Verschimpfung
 und Herausforderung des Reichstags, daß dieser den Hand-
 schuh aufnehmen und gern oder ungern die Sache ausfechten,
 dem Frevler die Sühne folgen lassen muß.

Aber nicht bloß gewohnheitsmäßige Verächter von Recht
 und Gesetz müssen die Urheber der Fälschung gewesen sein,
 sondern auch Männer von großer geistiger Beschränktheit —
 Leute, die, über Recht und Gesetz sich erhaben denkend, von
 der Unmöglichkeit ihrer Bestrafung überzeugt, die einfachsten
 Regeln der Klugheit außer acht lassen und ohne Berechnung
 der Folgen ihres Handelns vorgehen.

Der Zweck des Handelns liegt formenlos da, und ist auch
 an sich durchaus logisch vom Stand der Reaktionäre. Gatten wir
 es nicht schon erlebt, daß durch einen Druckfehler wichtige
 Gesetzesbestimmungen aus der Welt geschafft wurden, worum
 nicht eine dem herrschenden System überaus unbequeme parla-
 mentarische That ungeschöhen machen durch eine ein-
 fache Fälschung — durch das Einschleiben einiger Worte,
 die der vom Reichstag in seiner erdrückenden Mehr-
 heit gebilligten und dem Sinne nach geforderten Er-
 klärung des Präsidenten die Spitze abgebrochen und ihr jede
 Bedeutung genommen hätten?

Ein genialer Gedanke! Nur daß wir, unter Umdrehung des
 Schiller'schen Wortes, dabei ausrufen müssen: Wär's nicht
 so herzlich dumm, man wär' versucht, es sehr geschickt zu
 nennen.

Wielleicht mochten die Urheber der — „Korrektur“ oder
 „Redaktion“, die an die „Korrektur“ und „Redaktion“ der
 Eniser Depesche durch Bismarck erinnert, darauf bauen, daß
 die „rettende That“ nicht sofort bemerkt werden würde, und sie
 mochten, da der Reichstag nun fünf Monate Ferien hat, sich
 denken, daß nach Ablauf dieser Zeit der ganze Vorgang ver-
 gessen und Graf Ballestren sich auch inzwischen abgekühlt haben
 würde. Das war freilich der Scharfsinn eines Monomanen,
 eines beschränkten Hirns mit fix auf einen Punkt gerichteten
 Denken, das alles nicht auf der geraden Linie zum Ziel Liegende
 überfieht. Ein normales Hirn hätte sich sagen müssen, daß der
 Vorgang im Reichstag bei seiner außerordentlichen Wichtigkeit

sich scharf und genau dem öffentlichen Geist eingepägt haben
 mußte, und daß die Fälschung, wenn sie auch jetzt nicht ent-
 deckt worden wäre, doch bei der ersten Gelegenheit,
 wo der vom Präsidenten Ballestren aufgestellte Grund-
 satz im Reichstag zur Anwendung kam, hätte entdeckt
 werden müssen. Dann hätten die Urheber der Fälschung doch
 unmöglich dem Präsidenten und den 200 Mitgliedern, die
 seine Worte gehört und sich wohl gemerkt hatten, einreden
 können, die nicht gesprochenen neun Worte, mit denen zu-
 sammen die anderen ganz nichtsagend sind, wären thät-
 sächlich gesprochen worden. Ueberdies hätte ein Blick auf
 das Originalstenogramm, welches aufbewahrt ist,
 jede Möglichkeit der Annahme einer Sinnestäuschung oder
 Hallucination ausgeschlossen. Kurz, der Betrug mußte an
 den Tag kommen.

Aber Dummheit ist ein Faktor, der gerade in den
 Arreisen, aus denen die Fälscher und die Fälschung zweifellos
 hervorgegangen sind, eine sehr große Rolle spielt. Und was von
 dieser standalösen Fälschung gilt, gilt es nicht von dem ge-
 samten Thun der Reaktion — nämlich, daß es geeignet ist,
 das Gegenteil dessen zu bewirken, was die Urheber er-
 streben?

Gerade durch diese unverkämte Herausforderung ist der
 Reichstag moralisch gezwungen, den Kampf aufzunehmen.

Dies ist aber ein Kampf, in welchem die Volksvertretung
 nur zu gewinnen hat.

Sündenbode.

Nachdem die Fälschung im Stenogramm des Reichstags ertappt
 worden ist, sucht man die Sache als Darnlosigkeit zu deuten. Die
 „Post“ stellt die lustige und lustige Vermutung auf, wahrscheinlich
 habe ein dem Präsidenten Grafen Ballestren nahestehender Ab-
 geordneter, der schon öfter für ihn Notizen im Stenogramm durch-
 gesehen habe, die Änderung vorgenommen; von einer Eigenmächtigkeit
 des Reichstagsbureaus könne keine Rede sein.

Die „Nat.-Ztg.“ dagegen teilt mit, es sei festgestellt worden,
 daß die Änderung des Stenogramms von einem Beamten des
 Reichstags herrühre, der in gewissem Maße eine Rüge erhalten
 habe. Näheres will der „V. L.“ auf dem Bureau des Reichstags
 erfahren haben; dies Blatt schreibt:

„Es liegt ein unglückliches Mißverständnis vor. Daß es
 übersehen worden, daran trägt die nervöse Stimmung und Hast
 die Schuld, welche die Begleiterscheinung aller Schluß-
 sungen ist. Aber im Bureau ist der Irrtum bereits erkannt
 und unter die Berichtigungen aufgenommen worden, die nach
 jeder Session in üblicher Weise durch die Register nach-
 gewiesen und verteilt werden. Es ist bereits ange-
 ordnet, durch Befragung der Berichtigungen auch diesen
 Irrtum klarzustellen. Der Beamte, der die Ver-
 wirrung angerichtet hat, ist ermittelt. Es
 ist Sache des Präsidenten, ob er weiteres gegen den betreffenden
 Herrn beim Wiederzusammentritt des Reichstages unternehmen
 will. In kleinen redaktionellen Änderungen
 glauben die Korrektoren sich zuweilen befugt. So ist auch diese
 Veränderung hineingekommen, deren Tragweite der Herr um so
 weniger ersehen konnte, als er die vorausgegangene Rede des
 Abgeordneten Köfide nicht gelesen hatte.“

Wer soll das glauben? Kein Beamter des Reichstages kann so
 unfähig sein, die Umgestaltung der Worte des Präsidenten als
 „neue redaktionelle Änderung“ anzusehen. Und warum hat das
 Bureau des Reichstages, nachdem die Presse Lärm schlug, kein Wort
 der Aufklärung veröffentlicht, sondern Tage lang geschwiegen, bis die
 Berichtigung des Präsidenten selbst erschien.

Die angeführten Sünden suchen einen Sündenbode. Man
 sucht einen untergeordneten Beamten vorzuziehen. Nachdem der
 böse Streich kögllich mißlungen, möchte man eine Verwechslungs-
 konvuldie vorpiegeln. Doch niemand wird sich dadurch täuschen
 lassen.

Die

Bergarbeiter-Unruhen im Ruhrrevier.

Der Bergweilungsaustruch der polnischen Bergarbeiter
 scheint in der Hauptsache wieder unterdrückt zu sein. Die
 letzten Nachrichten aus dem Streikgebiet lauten beruhigend.
 W. L. V. meldet unterm 30. Juni:

Der Streik der Kohlengrubenarbeiter scheint sich seinem Ende
 zu nähern. Auf sämtlichen Zechen, welche sich im Auslande be-
 fanden, war heute früh ein großer Teil der Arbeiter angefahren.
 Die fehlenden dürften jedenfalls im Laufe des Tages noch an-
 fahren. In der Stadt herrscht Ruhe; neue Ausschreitungen sind
 nicht vorgekommen.

Von der heutigen Vormittagspacht fehlten auf den Zechen
 „Schamrock I und II“ 214 von 968 Mann, auf der Zeche „Van
 der Heydt“ 125 von 390, auf Zeche „Julia“ 130 von 362, auf
 „Friedrich der Große“ 170 von 820, auf „Konstantin der Große“
 61 von 382 und auf Zeche „Mont Cenis“ 300 von 985 Mann.

Auch der Donnerstag, der ein katholischer Feiertag war,
 verlief völlig ruhig. Die Zahl der Streikenden beläuft sich
 ja nach diesen Meldungen noch auf ca. 1000 Mann, nach
 einer uns soeben zugehenden Nachricht sind sogar noch die
 dreifache Zahl ausständig, aber darin stimmen die Nachrichten
 überein, daß keine Unruhen mehr vorkommen.

Unrichtig ist die von uns gestern mitgeteilte Angabe der
 „Rhein.-Westf. Ztg.“, daß man die Forderungen der Streikenden
 nicht lenne; es haben sich vielmehr Vertreter derselben
 zu den Direktoren der Zechen „Julia“, „Van der Heydt“,
 „Schamrock“ und „Friedrich der Große“ begeben und ihre
 Forderungen vorgetragen: 4 M. gegen 3,20 M. für die Kohlen-
 schlepper und 3,25 M. gegen 2 M. für die Pferdebesitzer.

Die Zechen lehnten aber ab, mit den Streikenden
 zu verhandeln.

Die Zechenverwaltungen haben, um die Forderungen der
 Streikenden als unberechtigt erscheinen zu lassen, eine Lohn-
 skala mitgeteilt, dabei aber nicht angegeben, daß diese Löhne
 an Häner gezahlt werden, während die Streikenden Schlepper,
 Steinträger und Pferdebesitzer sind, die bedeutend weniger
 bekommen.

Um die Unruhen recht würdigen zu können, geben wir
 hier noch ein Situationsbild unseres Dortmunder Parteiorgan's.
 Da heißt es:

Ein verittener Gendarm wurde um 6 Uhr abends (am
 28. Juni) von der Menge mit Steinen beworfen und mußte fliehen.
 Darauf erschien eine Abteilung von sechs Gendarmen und Polizisten
 und hieb auf die Leute ein. Als hierauf mit einem Steinwurf
 geantwortet wurde, kam es auf der Bahnhofsstraße zu einer schro-
 kanten Scene. Die Abteilung begann zu feuern; die Gendarmen
 zielten bedächtig und fast jeder Schuß sah. Die Polizei
 schloß mit Revolvern. Das Feuern dauerte 10 Minuten.
 Man zählte etwa 30 Schüsse. Die Menge floh natürlich Hals über
 Kopf und ließ auf dem Schlachtfelde neun Opfer zurück. Ein
 Arbeiter war sofort tot, die anderen schienen zum Teil schwer
 verwundet zu sein. Ihr Jammern war herzzerreißend. Auf Karren
 wurden sie ins Krankenhaus gebracht. Kaumträglich sind noch einige
 verblieben.

Bei dem Transport der Schlachtopfer stieg die Erbitterung
 der Masse bedenklich, weswegen zwei Polizisten noch einige Schüsse
 abfeuerten. Später zog eine Patrouille von zwei Polizisten und
 einem Gendarm durch die Bahnhofsstraße, ausgiebig Säbelstöße
 rechts und links andeilend. Der Kampfplatz war mit Blut und
 Fleischstücken bedeckt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Mangel
 an Kaltblütigkeit bei der Polizei sein gut Teil dazu beigetragen
 hat, die leicht erregbaren, ohnehin zu Gewaltthätigkeiten ge-
 neigten Leute zu reizen und die Ausschreitungen zu ver-
 schärfen.

Die Scharfmacherei wird unterdes trotz all der offen-
 kundigen, von uns dargelegten und von niemand be-
 strittenen Thatfachen mit unzerstörbarer Dreistigkeit fort-
 gesetzt. Auch die amtliche „Berliner Korrespondenz“ schließt sich
 den Scharfmachern an mit der Behauptung, daß die Social-
 demokratie trotz alledem die Mitschuld nicht ablehnen könne,
 denn „die verhängnisvolle Lehre, daß eine Minderheit
 Streikflüsterer der arbeitswilligen Mehrheit ihrer Arbeits-
 kameraden ihren Willen aufdrängen dürfe, und daß solchen-
 falls die Niederlegung der Arbeit, die Aufrechterhaltung
 der Arbeitssperre und die Fernhaltung der Zugiger selbst mit
 depotsischen und widerrechtlichen Mitteln erzwungen werden
 dürfen, hat in Ferner Wurzeln geschlagen, welche jetzt eine
 mächtige Triebkraft entwickeln.“

Das ist wiederum bewusste Lüge.

Welches auch unsere Lehre sei, so waren wir doch erst
 gestern in der Lage, die nach dieser Richtung gewiß un-
 verdächtige Feststellung der „Deutschen Tages-Zeitung“ zu
 citieren, daß unsere Lehre bei diesen Arbeitern keinen
 Boden gefunden habe. Ueberdies schreibt auch heute die
 „Rheinisch-Westf. Ztg.“:

„Die Socialdemokratie, die jeden Zusammenhang mit den
 Ausschreitungen gegen Arbeitswillige von der Hand weist, kann
 jetzt zeigen, daß sie nicht unter „Koalitionsfreiheit“, die niemand
 antasten will, Freiheit für die Mauerbreien von Radenbrüchern meint.
 Wenn der „Vorwärts“ den Zusammenhang der
 Partei mit den Unruhen, wie wir glauben mit Recht,
 abweist, muß er ein Interesse an Schutz der
 Arbeitswilligen haben.“

Demgegenüber können wir uns darauf beschränken, die
 „National-Zeitung“ zu citiren, welche schreibt:

„Die Bemühungen der offiziellen und der „Scharfmacher“-Presse,
 aus den Ferner Tumulten Kapital für gesetzgeberische Unterdrückungs-
 maßregeln zu schlagen, sind durch den Verlauf der Unruhen rasch
 auf den Sand gesetzt worden. Hätten diese irgend etwas
 mit denjenigen Verhältnissen zu schaffen, welche eine Erweiterung
 des § 158 der Gewerbe-Ordnung erwägenswert erscheinen lassen,
 so würden wir gewiß keinerlei Grund haben, es zu bestritten;
 denn wir haben vor und während der Reichstagsverhandlung
 über den Entwurf zum Schutz der Arbeitswilligen eine
 deutliche nähere Erwägung auf Grund der §§ 1 und 2 deselben
 empfohlen, und wir glauben, wie alsbald nach der Reichstags-
 Verhandlung an dieser Stelle angeführt wurde, daß sie trotz der vor-
 läufigen Ablehnung der Kommissionsberatung nach dem Wieder-
 beginn der Sitzungen im Herbst statifindend wäre. Aber die Vor-
 gänge in Ferner und Umgegend haben damit nicht das mindeste
 zu schaffen. Straftatsumulte müssen von der Polizei, nötigenfalls
 mit militärischer Hilfe, unterdrückt werden; im Widerstand gegen
 die Staatsgewalt, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Aufruhr
 sind im Strafgesetzbuch mit schweren Strafen bedroht; zur
 Abwendung derartiger Handlungen bedarf es keines neuen Gesetzes.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. Juni.

Lucanus geht um.

Die Situation in Preußen ist schwierig, die vom Kaiser
 gewünschte Kanalvorlage begegnet störrischen Gemüthern.
 Die Liberalen wünschen Auflösung des Abgeordnetenhauses,
 die „Kölnische Zeitung“ wittert gegen die Junker und lechzt
 nach vermehrtem Einfluß der Großindustriekreise in preussischen
 Fragen. Aber diese rheinischen Wünsche und Hoffnungen
 werden sicherlich nicht erfüllt werden, der Osten hat die
 Freundschaft der Regierung, die Blut vom Junkerblut ist,
 trotz Kanalvorlage und unerfreulicher Starnadigkeit. Die se

Regierung in Preußen deutet zuletzt an einen Druck mit den agrarischen Freunden.

Wohl aber muß etwas geschehen, um die verfahrenere Gasse in Bewegung zu bringen. Schon haben sich in den Beratungen der Kanal-Kommission die Ansichten des Gefechtsvertrages gebessert, eine Anzahl schlesischer Genitralisten geben ihren Widerstand auf. Aber noch ist der Ausgang nicht sicher; an wenigen Stimmen für oder wider hängt das Ergebnis der Abstimmung. Es muß etwas besonderes gethan werden, um eine Anzahl unsicherer Stimmen zu gewinnen und den Kanal-sieg zu sichern.

Der Chef des kaiserlichen Civilkabinetts Herr v. Bucanus erschien am Freitagmorgen im Abgeordnetenhaus und hatte eine längere Konferenz mit Herrn v. Miquel, worauf er sofort nach Travemünde abreiste, um dort den Kaiser zu treffen. Vielleicht handelt es sich dabei nur um Berichterstattung über den Stand der Kanal-beratungen. Vielleicht aber auch um Änderungen in den obersten preussischen Staatsämtern, durch welche die Vorlage gefördert werden soll. Es heißt, Fürst Herbert Bismarck sei an Stelle des Freiherrn v. d. Recke das Ministerium des Innern zu übernehmen. Fürst Bismarck würde die Umschwenkung der Landräte zu Gunsten der Vorlage leicht erreichen, während die Autorität des Herrn v. d. Recke auch bei den Konservativen gleich Null ist.

Fürst Bismarck hat nicht ohne Absicht kürzlich im Reichstage den Grafen Bülow, den Leiter der auswärtigen Politik, mit unmäßigen Lobspriechen bedacht. Vielleicht darf er nun sagen: Es ist erreicht! —

Sächsisches.

Der Preßprozeß, der am Donnerstag in Dresden gegen die Redactoren des „Vorwärts“ und der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ wegen angeblicher Verleumdung des „Dresdener Journal“ stattfand und in dem das Urteil noch aussteht, ist aus mehrfachen Gründen bemerkenswert.

Schon die Gepflogenheit, wegen formeller Verleumdungen, die im hitzigen politischen Streit gefallen sind, den Richter anzurufen, wird in den weitesten und für journalistische Ehre empfindlichsten Kreisen keineswegs als Zeichen feineren Ehrgefühls angesehen.

Am wenigsten findet ein solches Vorgehen Beifall, wenn ein Blatt den Richter anruft, das selbst gegen seine politischen Gegner eine Sprache führt, die von beleidigenden und schimpfenden Wendungen überfließt.

Ganz besonders bemerkenswert ist aber das Unternehmen, die angebliche Verleumdung der Redactoren des „Journal“ in eine Beamtenverleumdung umzuwandeln. Das sächsische Ministerium des Innern hat den Strafantrag gestellt für die Beamten des „Journal“ und der Staatsanwalt vertritt diese seltsame Auffassung, daß der „Vorwärts“ und die „Sächsische Arbeiter-Zg.“ sich nicht der Verleumdung schlichter Zeitungsredactoren, sondern Zeitungen schreibender Staatsbeamter schuldig gemacht haben.

Es ist ja interessant zu hören, daß königlich sächsische Beamte ein Blatt zu verantworten haben, das in seiner geistigen Qualität sowie in seiner Tonart selbst hinter den mäßigen Ansprüchen, die an ein sächsisches Ordnungs- und Regierungsblatt gestellt werden dürfen, weit zurückbleibt. Doch kann diese reizvolle Thatsache nicht dazu führen, daß eine Verleumdung dieser Redactoren als Beamtenverleumdung bestraft werden kann. Denn mögen die Herren Redactoren auch Beamte sein, so sind sie es doch nur, soweit sie amtliche Arbeiten in dem Regierungsblatte besorgen. Soweit sie sonst Artikel schreiben oder schneiden, — mag die Regierung auch von ihnen verlangen, daß sie im Regierungsblatte schreiben oder schneiden, — so ist dies zwar eine Thätigkeit, welche Beamte über, aber nicht in ihrer Eigenschaft als Beamte, sondern als Privatleute.

Wäre es anders, so würden sich äußerst seltsame Folgen ergeben. Es würden Redactoren verschiedener Klänge geschaffen werden; der normale Redacteur einer Zeitung hat das Recht, Strafantrag zu stellen, wenn es ihm beliebt, der Beamten-Redacteur dagegen muß sich beleidigt fühlen, wenn es seiner vorgesetzten Behörde beliebt, auch wenn er selbst die Pflichten sächsischer Kolonialität zu gut kennt, um wegen irgend einer Preßpolemik sogleich zum Naht zu laufen. So wird der Beamten-Redacteur zu einem Redacteur zweiter Ordnung herabgedrückt, welche Rolle anständigen Persönlichkeiten gewiß nicht lieb sein dürfte.

Andererseits würde der Prozeßgegner des beleidigten Redacteurs in eine besonders ungünstige Lage kommen. Hat er einen „gewöhnlichen“ Redacteur beleidigt, so wird sein Vergehen leicht mildere Beurteilung finden, fernermaßen die Ehre eines „Preßhütlings“ nicht nur vom Reichstags-Vizepräsidenten v. Frege nicht sehr hoch eingeschätzt wird. Ist der Beleidigte aber ein „Beamten-Redacteur“, so würde der Angriff auf seine Ehre weit schwerer geahndet werden, da die Gerichte in der Verleumdung eines Vertreters der Staatsautorität einen Angriff gegen diese Staatsautorität selbst zu sehen pflegen. Die Folge wäre, daß derjenige, welcher sich genötigt sieht, heftige und unberechtigte Anschuldigungen eines von „Beamten-Redactoren“ redigierten Blattes zurückzuweisen, bei jedem scharfen Wort Gefahr läuft, besonders schwer verurteilt zu werden. Jener Versuch des sächsischen Ministeriums, die Amtsblatt-Redactoren in Beamte zu verwandeln, würde also diesen Redactoren ein gesetzlich unzulässiges und gefährliches Privileg verleihen.

Wir glauben nicht, daß das Gericht diesen Ansprüchen folgen wird. Wir erinnern schließlich noch daran, daß der sächsische Minister des Innern, Herr v. Melsch, selbst im Landtage, als die Schreibweise der beiden Amtsblätter, „Leipz. Ztg.“ und „Dresd. Journal“, Tadel erfuhr, wiederholt und ausdrücklich erklärt hat, daß die Regierung natürlich nicht für alle im nicht-amtlichen Teile dieser Blätter erschienenen Artikel die Verantwortung tragen wolle!

Damit hat der sächsische Minister selbst zugegeben, daß die Redactoren des „Journal“ bei der Ausarbeitung des nicht-amtlichen Teiles des Blattes nicht im Amtsberuf thätig sind, sondern nur daselbe Verhältnis zur Regierung haben wie irgend ein Redacteur zu dem Herausgeber seines Blattes.

Stellt derselbe Minister jetzt Strafantrag für die „Beamten“ des „Journal“, so wird das Gericht diesen Strafantrag auf Grund der eigenen früheren Worte des Ministers zurückweisen müssen.

In Belgien

hat die Regierung noch immer nichts gethan, was die willkürlich heraufbeschworene Volksbewegung zum Stehen bringen könnte. Es

laufen zwar Gerüchte um, der König beabsichtige, das Ministerium zu entlassen und die Wahlrechtvorlage zurückzuziehen, aber Bestätigungen dieser Annahmen liegen nicht vor. Und doch läge es lediglich im Interesse der Monarchie, der Volksbewegung gegenüber einzulernen. Die Vorgänge in Brüssel erinnern zu deutlich an die 1848er Februarrevolution in Paris, durch die der Bürgerkönig Louis Philipp mit seiner Regierung hinweggefegt wurde, als daß der König der Belgier sich nicht ernstlich die Frage vorlegen sollte, ob es im Interesse der Erhaltung seiner Dynastie nicht geboten wäre, sich, so lange es noch Zeit ist, von dem kaiserlichen Ministerium und dessen strengen Wahlrechtvorlagen zu trennen.

Am Donnerstag hatten die Straßenlandgebungen schon fast den Charakter einer wirklichen Revolution erreicht. Nach der Unterbrechung der Kammer-Sitzung begaben sich die socialistischen Abgeordneten nach der Eingangstür der Kammer, wo sie von der Menge mit Beschallung begrüßt wurden. Polizei und Gendarmen drängten einen Teil der Menge nach dem Park zurück, einem anderen Teile gelang es, sich vor der Thür des Stammgebäudes anzusammeln. Der Abgeordnete Pommerehne hielt von einem Fenster aus eine Ansprache. Die Gendarmen trübten die jubelnde, pfeifende Menge zurück. Um 8 Uhr quängte sich eine kompakte Masse durch den Korridor der Polizei- und Gendarmen, welche die Rue Royale absperrten. Vor dem Kriegsmuseum zogen Gendarmen zu Pferde blaul und drängten die Menge zurück. Ein Gendarm fiel vom Pferde, was in der Menge große Freude hervorrief. Die aus der Kammer tretenden socialistischen Deputierten setzten sich an die Spitze des sich nunmehr bildenden Zuges; man rief: „Es lebe die Republik!“ Die Trambahn konnte nur mit Mühe den Verkehr aufrechterhalten. Die Polizei war in großer Anzahl aufgebottet, Annehmlichkeiten wurden unterjagt. Es gelang jedoch dem Zuge, über die Polizeistatue hinaus und in den Park zu gelangen. Zwischen Gendarmen und der Menge entspann sich eine Schlägerei; andere Gendarmen drangen mit gezogenem Säbel auf die Menge ein, wurden jedoch von Offizieren zurückgehalten. Der Zug begab sich sodann nach der „Grande Place“, auf dem Wege dorthin wurden Läden eingeschlagen. Auf dem Wege richtete der Abgeordnete Vandervelde eine Ansprache an die Menge.

Landgebungen in der Nacht.

Nach Beendigung einer abends abgehaltenen Volksversammlung wollten mehrere Tausend Manifestanten die Grande Place überqueren, wurden jedoch von Gendarmen mit gezogenem Säbel zurückgebrängt. Die Gendarmen wurden mit Steinen beworfen und von beiden Seiten wurden Schüsse abgegeben. Dazwischen plusterte zahlreiche Anfallpatronen. Mehrere Personen wurden verwundet. Nachdem die Gendarmen die Straße geräumt hatten, bildete sich kurz darauf ein neuer Zug. Gegen 11 1/2 Uhr nachts rissen zahlreiche Manifestanten die Pfahlfestung in der Rue Royale auf und schleuderten sie auf die Gendarmen, welche auf den Volkshäusern einbrachen. Die Manifestanten zogen sich darauf zurück und setzten ausströmendes Gas in Brand. Bei einem Zusammenstoß auf der Grande Place wurden drei Personen verwundet, darunter eine schwer. Ein Polizei-Offizier erhielt einen Messerstich. Die Gendarmen wurden später durch Eisengardisten ersetzt. In der Rue Mabelaine kam es wieder zu einem Zusammenstoße, ebenso auf dem Kranmarkt und dessen Umgebung. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Auf dem Krautmarkt wurde auf einen Gendarmen ein Revolverknall abgegeben, ein junger Mensch wurde durch einen Säbelhieb verwundet. Als der Zug der Manifestanten in der Nähe des „Volkshauses“ erschien, drang die Polizei auf dieselben ein, wobei vier Personen verletzt wurden, welche nach dem „Volkshause“ gebracht wurden. Unter den auf der Grande Place Verletzten befindet sich der Führer des Zuges, welcher von zwei Kugeln getroffen wurde. Ein unbekannter junger Mensch wurde nach dem St. Jean-Hospital übergeführt, wo er bereits gestorben sein soll. Insgesamt wurden 25 Verhaftungen vorgenommen. Mehrere der Verhafteten trugen Revolver bei sich. Die Beurteilung der Verhafteten findet im Rathaus statt. Auch in der Ufflinenstraße und in anderen Straßen wurden die Pfahlfestungen herausgerissen.

Die Unruhen dauerten bis drei Uhr früh. Ein erster Zwischenfall ereignete sich noch bei der Wache auf der Place Stefanie, wo ein Pferdebockwagen angegriffen wurde. Der Kondukteur wurde durch zwei Angeln verwundet, auch das Pferd wurde angehauen und mußte getötet werden. Der Wagen wurde von dem Volkshaus umgestürzt. Etwas später wurden in einer Bank die Fenster zertrümmert. Am Mittwoch wurde auf dem Boulevard Anspach von den Terrassen eines Cafés auf Gendarmen geschossen. Die Gendarmen gingen gegen das Café vor und es kam zu erregten Aufrufen. Dem „Perit Men“ zufolge wurde ein Manifestant durch einen Bajonettschlag in die Brust verwundet. Zwei Journalisten wurden heftig bedrängt und der eine wurde durch einen Kolbenstoß gegen die Brust und durch einen Säbelhieb über den Kopf verletzt. Im Handgemenge auf der Grand Place gaben die Gendarmen scharfe Schüsse ab. Mehrere Schüsse drangen in die Fenster der benachbarten Häuser. Ein Polizei-Offizier wurde durch einen Steinwurf verwundet. Einer der Verwundeten soll gestorben sein. Im ganzen sollen etwa 100 Personen verwundet sein, darunter etwa 8 schwer.

Neue Sitzung der Deputiertenkammer.

In der Freitagssitzung der Deputiertenkammer erhob der Socialist Desmet einhedeigen Einspruch gegen den heute von der Rechten eingebrachten Antrag, durch welchen das Kammerreglement derart abgeändert werden soll, daß die Ausweisung derjenigen Deputierten erfolgen kann, welche die Ordnung stören. Redner greift die Urheber dieses Antrages heftig an. Der Deputierte Delantcheere von der Rechten greift namens der Einbringer des Antrages die Socialisten scharf an. Die Socialisten unterbrechen den Redner durch wüthende Ausfälle. Furnemont appelliert an die humanitären Gefühle der Kammer und macht die Wahlvorlage der Regierung für die blutigen Ereignisse, deren Schauplatz Brüssel ist, verantwortlich. Die Protestbewegung werde ganz Belgien ergreifen. Der Ministerpräsident Sandenpeereboom erklärt, man unterschreibe der Regierung Beweggründe, welche sie nicht habe. Auf die Interpellation vorand erwiderte der Ministerpräsident, weder die Minister noch der Gouverneur der Provinz hätten die Gendarmen requiriert. Die Socialisten fordern nachdrücklich, zu wissen, wer die Gendarmen requiriert habe. Der Chef des Kabinetts sei ein Jesuit. Der Socialist Hector Denis schildert den Krankenstand, wo die Opfer der Unterdrückung untergebracht seien, und sagt, nichts könne die begangenen Gräueltthaten rechtfertigen. Redner fragt, wer der verantwortliche Urheber derselben sei. Ministerpräsident Sandenpeereboom erklärt: „Ich habe die Vermehrung des Effectivbestandes der Gendarmen veranlaßt. Vor der bewaffneten Unterdrückung der Unruhen sind die gesetzlichen Aufforderungen an die Manifestanten ergangen.“ (Die Socialisten schreien heftige Verleumdungen gegen den Ministerpräsidenten und rufen ihm zu: Mörder!) Denis appelliert ebenfalls an die Gefühle der Menschlichkeit der Minister und der Rechten. Der unabhängige Brüsseler Deputierte Theodor belämpft die Wahlvorlage und schließt sich den verächtlichen Worten Furnemonts und Denis an. Sandenpeereboom erklärt namens der Regierung, es bestehe der lebhafteste Wunsch nach Versöhnung sowie der Wunsch, den angebotenen Weg zu beschreiten und Versöhnungsmittel zu suchen. Beifall auf der Rechten; Sehe gut! auf der Linken.) Der Präsident hebt die Sitzung unter allgemeinem Beifall auf. Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag statt.

Deutsches Reich.

Au die Handwerker

wendet sich die Regierung, um ihnen die erfreuliche Mitteilung zu machen, daß ihnen das Handwerkerorganisations-Gesetz eigentlich gar nichts nützen kann. Sie legt in der „Norddeutschen All-

gemeinen Zeitung“ dar, daß sie, die Regierung, sich die größte Mühe gebe, um die Handwerkerorganisation gemäß dem Gesetz durchzuführen. Dann heißt es weiter in dem officiellen Organ:

„Daß sich in einzelnen Fällen zwischen den Regierungsstellen und den Handwerkervereinen über manche gerade für den betreffenden Fall in Betracht kommende Fragen Meinungsverschiedenheiten ergeben, ist so selbstverständlich, daß es nicht erwähnt zu werden braucht. Die Handwerker werden aber immer noch gefunden haben, daß, soweit nur irgend möglich, auf ihre Wünsche Rücksicht genommen ist. Allerdings von der Organisation als solcher und von ihr allein eine Hebung der wirtschaftlichen Lage des gesamten deutschen Handwerks zu erwarten, dazu liegt eine Veranlassung nicht vor. Wenn einzelne Kreise sich dieser Erwartung hingeeben hatten und nun, ehe noch die Organisation zu ihrer gänzlichen Durchführung gelangt ist, zu einer anderen Erkenntnis gekommen sind, so dürfen die Regierungsstellen für diese Zerstörung von Illusionen nicht verantwortlich gemacht werden. Es gilt auch heute noch für das Handwerk und wird gelten, auch wenn die Organisation bößig durchgeführt sein wird, der Grundsatz, daß die eigene Hilfe und namentlich die Anpassung an die Formen der modernen Technik und des modernen Verkehrs am besten vorwärts bringen.“

Das Licht, das den Herren Häuflein da angezündet wird, dürfte diesen keinen angenehmen Schein verbreiten. Unrichtig ist es nicht, was die Regierung sagt, aber die Minister können ihr den berechtigten Vorwurf machen, daß sie zu lange mit ihrer Eitelung zurückgehalten und die Handwerker in dem Glauben gelassen habe, die künftigen Gesetze könnten den Niedergang des Handwerks aufhalten. Wir glauben, die Regierung wird die einmal gerufenen Geister trotz der obigen Aufklärungen nun so bald nicht los werden. —

Förderung der thüringischen Kleinindustrie. Dem Musterlager thüringischer Erzeugnisse war zur Errichtung einer Zweigstelle in S. d. n. e. in Anhalt von Seiten des Reichs eine Beihilfe von 12 000 M. bewilligt worden, doch diese Bewilligung wurde verschiedentlich scharf angegriffen. Die Gründe für diese „nach eingehender Prüfung“ erfolgte Bewilligung werden nun officiell wie folgt erläutert:

„Es handelt sich um eine Vereinigung, welche, ohne selbst einen Geschäftsgewinn anzustreben, die Interessen der in Thüringen so zahlreich vorhandenen Kleinwerkbetreibenden zur wirksamen Vertretung nach außen hin in gewissem Umfange zusammenfassen will. Gerade für derartige Zwecke ist der im Reichshaushalts-Gesetz zur Verfügung gestellte Unterstützungsfonds in erster Linie und ausdrücklich bestimmt. Von gleichen Gesichtspunkten aus werden beispielsweise auch bei den internationalen Ausstellungen, an denen das Reich sich amtlich beteiligt, Beihilfen zu Gunsten solcher Kleinwerkbetreibenden ausgeworfen, welche nicht als Einzelaussteller auftreten, sondern sich zu einer gemeinsamen Gruppe vereinigen. Daß das thüringische Unternehmen die Erweiterung des Absatzhandels nach einem wichtigen deutschen Absatzgebiete anstrebt, giebt ihm einen verstärkten Anspruch auf Berücksichtigung.“

Zur thüringischen Thronfolgefrage wird aus Stoburg berichtet: Kuper den Verzichtsurkunden des Herzogs und des Prinzen von Coburg, sowie der Verfallung des Erbprinzen von Hohenzollern-Langenburg zum Vornamen des künftigen Thronerben Herzogs von Alban wird dem heutigen Landtag noch ein Regentenschaftsgesetz zugehen.

Die Gothaer bekommen also ihren Engländer. Herzog von Sachsen-Rothburg und Gotha wird der jetzt fünfzehnjährige Prinz Karl Eduard von Alban. Die bezüglichen Vorlagen werden an die Verfassungskommission überwiehen, welche Sonnabendvormittag eine Sitzung abhält. Am nächsten Montag findet Plenarsitzung statt, in welcher die Vorlagen zur Verhandlung gelangen sollen. —

Und Hessen, 29. Juni. Der vielbesprochene Fall Rüdler wird demnächst vor dem Forum des hessischen Landtags zur Sprache kommen. Abg. Ulrich hat heute eine diesbezügliche Interpellation an die Regierung gerichtet. — Landgerichtsdirektor Rüdler ist in den Prozeß des kürzlich wegen betrügerischen Bankrotts und Verschleppung zu einigen Jahren Zuchthaus verurteilten Koellstoffsabrikanten Rapp verwickelt. Er hat Rapp, odgleich er dessen launmüthige Zweifelslosigkeit kannte, größere Summen geliehen und sich dann dessen Geschäft, Hausinventar usw. zu Eigentum übertragen lassen, um sich selbst zu sichern und Rapp vor Auspfändungen seitens der übrigen Gläubiger zu bewahren. Obgleich die Untersuchung gegen Rapp bereits schwer belastendes Material gegen Rüdler zu Tage gefördert hatte, war gegen letzteren ein bloßes Disziplinarverfahren eingeleitet und im voraus mit einer geringfügigen Bestrafung abgeschlossen worden. Dieses Verfahren, das Rüdler vor dem Straftribunal bewahrte, wird im Publikum scharf kritisiert. Die Interpellation Ulrich verlangt Auskunft resp. Rechtsfertigung seitens der obersten Justizbehörde. —

Zum Schutze der Bäcker-Arbeiter

hat der Bezirkspräsident für Unterelssah eine Polizeiverordnung erlassen, die es verbietet, auch anderwärts Nachahmung zu finden. Der Geltungsbereich derselben ist vorläufig auf die Gemeinden mit mehr als 8000 Einwohnern (inkl. Militärpersonen) beschränkt. Die wichtigsten Bestimmungen der Verordnung sind die folgenden:

„Samtliche Arbeitsräume, in denen Bäcker- oder Konditorwaren hergestellt werden, dürfen nur zu diesem Zwecke benutzt werden und sind gegen Räume, die anderen Zwecken dienen, abzusperren. Die Arbeitsräume dürfen sich nicht in Kellergeschossen befinden und müssen mindestens drei Meter hoch und mit Feuertüren versehen sein, die nach Holz und Größe anreichen, um für alle Arbeitsstellen bei Tag ohne künstliche Beleuchtung hinreichendes Licht zu gewähren. Die Fenster sind so einzurichten, daß sie einen ausreichenden Luftwechsel und bei Feuergefahr eine Rettung der Arbeiter ermöglichen. Die Zahl der in jedem Räume beschäftigten Personen ist so zu bemessen, daß auf jede Person mindestens 10 Kubikmeter Luft entfallen. Die Temperatur in den Backstuben darf 85 Grad Celsius nicht übersteigen. In jedem Arbeitsraum, mit Ausnahme der Backstube, ist ein Thermometer anzubringen. In der Nähe der Arbeitsräume ist ausreichend großer Anfeuch- und Waserraum einzurichten, der von den Arbeitsräumen aus zugfrei zu erreichen und in kalter Jahreszeit zu heizen ist. In denselben sind warmes und kaltes Wasser, Seife und eine genügende Anzahl von Handtüchern für die Arbeiter bereit zu stellen. Soweit die Arbeiter nicht eigene Wohn- und Schlafräume besitzen, muß für jeden derselben ein besonderes Bett vorhanden sein; insbesondere dürfen auch da, wo mehrere Arbeitsschichten stattfinden, nicht etwa dieselben Betten abwechselnd von den Tag- und Nachtarbeitern benutzt werden. Die Bedürfnisanstalten dürfen nicht in direkter Verbindung mit den Arbeitsräumen stehen, müssen aber ohne Verletzung von Sitte und Anstand und ohne Gefahr für die Gesundheit von den Arbeitsräumen aus zu erreichen sein. In den letzteren muß Gelegenheit für die Arbeiter vorhanden sein. Die Arbeitsräume sind täglich mindestens eine halbe Stunde lang zu lüften und die Fußböden nach beendigter Arbeit zu reinigen. Die Beschäftigung von Arbeitern, die an ansteckenden oder eitererregenden Krankheiten leiden, ist verboten. In einer sichtbaren Stelle des Arbeitsraumes muß ein Abdruck dieser Verammung aushängen. Außerdem hat der Vertriebsunternehmer eine von der Polizeibehörde bestätigte Tabelle zu führen, aus welcher ersichtlich ist: 1. die Länge, Breite und Höhe des Arbeitsraumes, 2. der Inhalt des Raumes in Kubikmetern, 3. die Zahl der Arbeiter, welche demnach in den Arbeitsräumen beschäftigt werden dürfen. Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Geldstrafen bis zu 300 M., im Unvermögensfalle mit Haft geahndet.“

Friedenskonferenz. Die Rede des Obersten v. Schwarzhoff giebt Herrn Stead zu einem Artikel im Gaager „Dagblad“ Anlaß, welcher als von russischer Seite inspiriert betrachtet wird. Stead nennt Deutschlands Haltung zwischen den Zeilen illegal. Es habe es Rußland in seinem Glauben ermutigt, es sympathisire mit seinem Bestreben, die Kulturwelt von der drückenden Last der immerfortschreitenden Kriegserkämpfungen zu befreien, während es jetzt die Existenz dieses Druces leugne und die Notwendigkeit, die Menschheit von einem bloß eingebildeten Uebel zu befreien, in Abrede stelle. Gälte Kaiser Wilhelm auf das Manifest des Jaren mit einer Erklärung von derselben Freimütigkeit und Unzweideutigkeit, wie die des Obersten Schwarzhoff vom letzten Montag, geantwortet, dann wäre die Konferenz überhaupt niemals zusammengetreten.

Die Wiener „Vol. Kor.“ aus dem Haag meldet, spricht man dort von der Möglichkeit, daß die Friedenskonferenz um die Mitte des Juli geschlossen werden wird. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Marinismus in Oesterreich. Wien, 30. Juni. Die „Neue Freie Presse“ meldet, wird das gemeinsame Budget außer der gewöhnlichen Steigerung des Heeresbudgets um etwa 9 1/2 Millionen auch eine nicht unbeträchtliche Erhöhung des Marinebudgets für Schiffsbauten behufs allmählicher Bewilligung des Flottenprogramms enthalten.

Schweiz.

Schaffhausen, 27. Juni. (Fig. Ver.) Am Sonntag hatte sich das Volk des Kantons Schaffhausen darüber zu entscheiden, ob es von weiteren Versuchen zur Revision der Verfassung absieht oder dieselben fortführen wolle. Mit 4010 gegen 1255 Stimmen beschloß es, die Fortführung der Verfassungsrevision fallen zu lassen. Dieses bedeutungsvolle Resultat jahrelanger Bemühungen ist wohl auf den Mangel an staatsmännischer Kunst zurückzuführen, die verschiedenen Interessen derzeit in einem Kompromiß zusammenzufassen, daß jede Interessengruppe einigermaßen befriedigt sein konnte und der neuen Verfassung zustimmte. Es wird also auf Jahre hinaus beim alten bleiben. —

St. Gallen, 27. Juni. (Fig. Ver.) In der Volksabstimmung vom Sonntag wurde der migratorische Wechselzug des neuen Verordnungsgefetzes mit 22872 gegen 12096 Stimmen verworfen und damit der Beweis geleistet, daß die Weisheit der Mehrheit der Stimmberechtigten erheblich über derjenigen der parlamentarischen Gesetzgeber steht. Die wichtigste Frage dieses Gebietes, die Unentgeltlichkeit der Beerdigung, welche die Arbeiter und Demokraten seit Jahren fordern, wird in der armenhaften Weise gelöst, daß der Staat an die Kosten der von den Gemeinden eingeführten unentgeltlichen Beerdigung Beiträge leisten könne — oder natürlich auch nicht. Den Liberalen ward ihr Lieblingswunsch nach fakultativer Feuerbestattung gewährt und den Ultramontanen die konfessionellen Friedhöfe, also eine ganz rationale Konzeption. Die Verwerfung dieses gesetzgeberischen Wechselzuges war in der That das vernünftigste, was das Volk thun konnte. Die Arbeiter werden nun nach wie vor auf die Einführung der unentgeltlichen Beerdigung hinarbeiten. —

Italien.

Rom, 27. Juni. Neue Wahlsiege der Socialdemokratie. (Figener Bericht.) Wir haben neue Siege bei den Gemeindevahlen zu vergleichen. Gestern und vorgestern wurde in Mittel- und Südalien gewählt. In Reggio Emilia, Hauptstadt der Emilia, in Alessandria, der zweiten Stadt Piemonts, in Piacenza, Crema hat die socialistische oder vereinigte socialistisch-republikanische Liste vollständig gesiegt; und in über 30 Gemeinden sind Socialisten in die Vertretung gewählt worden. In Florenz, der früheren Hauptstadt des Königreichs Italien, sind die Socialisten und Republikaner zusammen mit den Konservativen in den Gemeinderat eingedrungen. Hier in Rom haben die Socialisten und Republikaner zum erstenmal getrennt von den Liberalen gewählt, und 8500 Stimmen von 18 000 im ganzen erhalten. Die Liberalen hatten 7000 Stimmen, so daß die Oppositionsparteien mit zusammen 10 500 Stimmen 7000 Regierungstimmen gegenübersehen, die Regierung also auch in der Hauptstadt des Königreichs in der Minderheit ist.

Die Diskussion des Staatsrecht-Deckretes beginnt morgen. Die Socialisten und Republikaner werden die Debatte nicht verhindern, sofort aber, wenn die Mehrheit in die Einzelheiten des Gesetzes eingetritt, die Obstruktion wieder aufnehmen. — Der Prozeß gegen die angeblichen Mithraskultisten Acciarito geht sich in die Länge. Wirklich auf der Anklagebank sitzt bloß die Polizei, deren Schmutzpraktiken an das Licht kommen. Es ist unbegreiflich, wie die Regierung sich in dieser Weise bloßstellen kann. Sie hat nicht bloß die Scham, auch das einfachste Gefühl ihrer Interessen verloren. —

Frankreich.

Paris, 30. Juni. Blättermeldungen zufolge hat der Justizminister Meunier ein Rundschreiben an die Staatsanwälte gerichtet, in welchem diese aufgefordert werden, unverzüglich gegen Blätter einzuschreiten, welche Schmäherungen gegen den Präsidenten der Republik, Mitglieder des Ministerlandes oder sonstige Staatsbeamte veröffentlichen. — Wie verlautet, werden die Abgeordneten Demange und Labori sich morgen nach Rennes begeben, um alsbald nach der Ankunft Dreyfus' in einer Unterredung mit demselben festzustellen, ob er sich in einer solchen Gemütsverfassung befindet, daß er bald vor einem Kriegsgericht erscheinen kann. — Der Regierungskommissar beim Kriegsgericht in Rennes, Major Corrière, wird, wie es heißt, 37 Belastungszuge vorladen. — Cornély verlangt in „Figaro“, daß auch General Mercier und Queinay de Beaurepaire, welche sich unehriglich machten, die Schuld Dreyfus' zu beweisen, unter allen Umständen als Zeugen vorgeladen werden sollen. Falls die Anklage dies unterlassen sollte, müßte die Verteidigung selbst die Vorladung der Genannten veranlassen. — Clemenceau erzählt in der „Aurore“, daß der Chef des Militärstaates des Präsidenten der Republik, General Bailloud, welcher ein entschiedener Antirevisionist sei, vor kurzem geäußert habe, General Mercier werde vor dem Kriegsgericht sagen: „Ich schwöre bei meiner Soldatenehre, daß Dreyfus schuldig ist.“ Daraufhin werde das Kriegsgericht Dreyfus verurteilen. — Anderson erhält sich das Gerücht und erscheint nach allen Mitteilungen über die Reife Dreyfus' gerechtfertigt, daß dieser in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli in Rennes eintreffen wird, sich gegenwärtig also bereits auf französischem Boden befindet. —

Rußland.

Petersburg, 29. Juni. In dem Konstreprozeß gegen die Generale Ziowaiski und Korotzenow nebst zwölf Komplizen ist das Urteil gefällt. Die Angeklagten wurden überführt der Aneignung und Verschleuderung von Kronsgeldern und betrügerischer Umgehungen sowie diverser Unterschleife, Bestechlichkeit, Wucherer und Erpressung. Die Generale wurden zu zwölfjähriger Anstalt in Sibirien, die übrigen Obersten, Kapitäne und Zivilbeamten gleichfalls zu zehn- bis zwölfjähriger Anstalt in verschiedenen sibirischen Gouvernements verurteilt.

Ostien.

Englisch-Chinesisches. Aus Peking wird gemeldet: Da man des Hauptschuldigen an der Ermordung des Missionars Fleming nicht habhaft geworden ist, hat der britische Gesandtschaftsträger die Entlassung des Gouverneurs von Anwei-fschan gefordert; die Forderung ist jedoch zweimal vom Tzung-li-Damen abgelehnt worden. Ferner berichten die „Times“ aus Peking, der britische Gesandtschaftsträger habe am Mittwoch dem Tzung-li-Damen ein Telegramm

Saltiburns übermittelt, in dem es heißt, Großbritannien würde die Entlassung des britischen leitenden Ingenieurs der Nordbahn, Kinder, als einen ersten Fall betrachten. Die Frage der Entlassung Kinders sei deshalb auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Ferner habe das Tzung-li-Damen dem Peking-Syndikat das Recht zugesprochen, Eisenbahnen in Schan-si und Honan zu erbauen und eine Verbindung mit dem Jang-tse-Thai durch eine Bahn herzustellen.

Afrika.

Die Stimmung in der südafrikanischen Republik. Pretoria, 29. Juni. Die Rede Chamberlains in Birmingham hat hier lebhaftige Erregung hervorgerufen, da sie gerade zu einer Zeit gehalten worden ist, wo die Regierung und die Bürger Transvaals in Erwägung ziehen, wie die Lage zu bestern sei. Der Herausforderer von Chamberlains macht es der Regierung schwer, dem Volksraad neue Vorschläge zu unterbreiten. Die „Volksstimme“ sagt, es sei unmöglich, zu versuchen, Veröhnlichkeit zu zeigen, wenn die englische Regierung anscheinend beabsichtige, Transvaal auch nach der Bewilligung des Stimmrechts an die Nislanders nicht in Ruhe zu lassen. Das Blatt hofft, daß die englische Regierung sich die Herausforderung Chamberlains nicht zu eigen machen werde, da sonst die Afrikaner Vorbereitung zum Kriege treffen müßten. —

Kanalkommission.

In der Kanalkommission des Abgeordnetenhauses wurde am Freitag in die Einzelberatung der Kompensationsvorschläge eingetreten. Der Vorsitzende v. Chyren stellte fest, daß eine Reihe von Anträgen mit Einverständnis der Antragsteller und durch die Erklärungen der Regierungen als erledigt zu betrachten seien. Diese Anträge sollen der Staatsregierung samt und sonders als Material überwiesen werden. Abg. Camp begründet sodann seinen Antrag, betr. eine erhebliche Ermäßigung der Eisenbahn-Gütertarife und durchgreifende Verbesserung der Kanalverbindungen, besonders der östlichen Provinzen. Minister Thielen erwidert, daß die Forderungen des Antrags Camp in seinem Zusammenhang mit der Kanalvorlage stehen. Bezüglich der Eisenbahntarife im allgemeinen erklärt der Minister, daß nur dann, wenn es sich um die Erhaltung der wirtschaftlichen Zustände einer Provinz oder Gegend handelt, tarifliche Ausnahmen bewilligt würden. So sei es betreffs Schlesien in reichlichem Maße geschehen. Abg. Schmeiding (natl.) erklärt für sich und seine Freunde, daß sie sich an der unfruchtbaren Diskussion nur so weit als unbedingt nötig sei, beteiligen würden. Abg. Stengel (fl.) findet, daß der Antrag Camp von unberechenbarer Tragweite sei. Er beantragt, den Antrag Camp der Regierung als Material zu überweisen. Abg. Camp erklärt sich damit einverstanden. Abg. Dr. Lieber führt aus, Frachtermäßigungen begünstigen alle Frachtkonkurrenten, am liebsten hätten sie unentgeltliche Beförderung. Die bisherigen Einnahmen der Staatseisenbahnen seien aber unentbehrlich, zumal die Ausgaben auf Drängen des Abgeordnetenhauses fortwährend wüchsen. Kein preussischer Finanz- oder Eisenbahnminister könne sich auf solch' schwere Gefährdung der Staatsfinanzen einlassen. Die Verbreiterung und Vertiefung der Wasserstraßen in der norddeutschen Tiefebene sei im Verlaufe der Entwicklung allerdings zu erstreben und zu erwarten, aber als Bedingung für die Bewilligung des Mittellandkanals dürfen solche allgemeinen Ansprüche nicht gestellt werden. — Der Antrag Camp wird schließlich der Regierung „als Material überwiesen“. Es folgt die Verhandlung über den Antrag Graf Strachwitz-Petoch, zur Abwendung und Verminderung der Ueberschwemmungen im oberen Lauf der Oder zu den Korrekturen des Flußbettes etc. Die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Es wird zugleich der andere Antrag des Abg. Graf Strachwitz erörtert, daß der ober-schlesischen Montanindustrie das ober-schlesische Schmalzpurzahnnetz überlassen werde zum Bau einer schmalspurigen Schleppebahn zur Verbindung der ober-schlesischen Bergwerke mit dem Gleiwitzer Hafen, und alle Frachtlage auf der ober-schlesischen staatlichen Schmalzpurzahn bedeutend herabzusetzen, sowie die Frachten für schlesische Kohlen, Eisen usw. nach den Verbrauchsländern östlich der Elbe entsprechend herabzusetzen und schließlich dem Arbeitsmangel in der Landwirtschaft durch weitestgehende Zulassung ausländischer Arbeiter zu steuern. Der Minister Thielen erklärt sich mit Entschiedenheit gegen diese Vorschläge. Die Maßnahmen gegen den Arbeitermangel liegen in gar keinem Zusammenhang mit dem Kanalbau. Die Annahme dieses Antrags Strachwitz-Petoch als Resolution wird schließlich abgelehnt und auch hier „Ueberschweisung als Material“ beschlossen. Zu dem Antrage des Abg. Grafen Strachwitz, den Betrag von 25 Millionen für die Verbesserung der Wasserstraße Ober-schlesien-Berlin in die Kanalvorlage aufzunehmen, erklärt Finanzminister v. Miquel, er halte die Annahme dieses Antrages für höchst bedenklich. Die vorgängige Festlegung des Betrages für die von der Regierung zugestandene Verbesserung sei nicht möglich, ja sie liege nicht einmal im Interesse der Provinz Schlesien, da sie anderen, weitergehenden Forderungen vorgehe. Er beruft sich auf das Zeugnis des Abg. Petoch (C). Dieser erklärt sich nochmals gegen diesen Antrag Strachwitz. Minister v. Miquel zieht hieraus den Schluß, daß die Interessenten bezüglich der Kompensationsforderungen unter sich selbst nicht einig seien. Die allgemeine Zustimmung der Staatsregierung, daß für Ober-schlesien Gleichheit mit dem Ruhrrevier herbeigeführt werden solle, gehe weiter als der Antrag Strachwitz. Eine vollständig genügende Wasserbindung einer Grenzprovinz wie Schlesien mit der Hauptstadt sei, selbst abgesehen vom Mittellandkanal, Aufgabe des preussischen Staats. Abg. Graf Strachwitz giebt zu, daß sein Antrag für die Regierung schwer annehmbar sei. Andererseits sei irgend eine gesetzliche Bindung für die schlesische Kompensation notwendig. Redner stellt jetzt den Eventualantrag für Vorarbeiten zur Verbesserung der Wasserstraße zwischen Ober-schlesien und Berlin zwei Millionen in die Vorlage einzufügen. Abg. v. Pappenheim (L.) erklärt, auch diesen Antrag nur als Material der Regierung überweisen zu wollen. Abg. Schmeiding (natl.): Er und seine Freunde würden für den Antrag stimmen, falls ihn die Regierung acceptiere. Minister v. Miquel hält den Antrag für annehmbar, vorbehaltlich redaktioneller Verbesserung. Die Abgg. Stengel, Camp und v. Arnim erklären sich gegen den Antrag, der eine einseitige Bevorzugung einer Provinz enthalte. Bei der Abstimmung fällt der Prinzipal Antrag Strachwitz gegen die Stimme des Antragstellers. Sodann wird ein Zusatzantrag Stengel zum Eventualantrag Strachwitz, die zwei Millionen auch zu den Vorarbeiten zur Kanalisierung der mittleren und unteren Elbe zu verwenden, mit 14 gegen 18 Stimmen angenommen, da Schmidt-Warburg nicht anwesend ist. Nachdem dieser wieder erschienen ist, wird der Eventualantrag Strachwitz, zwei Millionen zu Vorarbeiten für die Wasserverbesserung Ober-schlesien-Berlin in das Gesetz einzufügen, mit Stimmengleichheit, 14 gegen 14 Stimmen, abgelehnt.

Obgleich, so meint ein parlamentarischer Berichterstatter, gelten jetzt die Rücksichten der Kanalvorlage für besser. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß dieser Eventualantrag Strachwitz und ihm ihm das Gesetz vom Plenum angenommen wird. Somabendsvormittag setzt die Kommission die Beratungen fort. —

Partei-Nachrichten.

Bei den Bürgerwahlen im letzten Bezirke Lübeds erhielten die Kandidaten unserer Partei 107 bis 100 Stimmen, während die Gewählten 68 bis 706 Stimmen erhielten. Gewählt wurden sonach unsere Kandidaten in keinem der 4 Bezirke, doch erglitten sie allenthalben sehr beträchtliche Stimmengahlen.

Politikliches, Gerichtliches usw.

— Wie ein Verbrecher gefesselt wurde in Dresden ein „Minderjähriger“, der eine politische Versammlung besuchte hatte und „in

flagranti“ ertappt wurde. Mit einer Handschelle gefesselt wurde er zum Polizeibureau gebracht, um nach Feststellung seiner Personellen wieder entlassen zu werden. Man sieht sich in die Zeiten des kräftigsten Absolutismus versetzt, wenn man hört, daß es möglich ist, einem Verbrecher gleich behandelt zu werden, weil man noch zu jung ist zum Versuch einer politischen Versammlung.

— Eine Militärkapelle aus Vorna in Sachsen hatte sich erboten, in einem Gasthose in Mühltrapp zu konzertieren, in dem sich eine Zahlstelle des Textilarbeiter-Verbandes befindet. Wenige Tage vor dem Konzert erhielt der Wirt einen Brief des Inhalts:

„Sehr geehrter Herr!

Leider habe ich Ihnen für Montag absagen müssen und bin dadurch in große Verlegenheit gekommen. Es ist eine Verfügung von der A. Hauptmannschaft Blauen nach hier gekommen und auf Grund dessen ist es mir verboten worden, bei Ihnen zu konzertieren. Der Grund ist im Politischen zu suchen.

Hochachtungsvoll

A. Peterlein, Stadtkomponist.

Es dürfte Infektion befürchtet werden.

Aus der Frauenbewegung.

Bekämpfung des Lust-Mädchenhandels. Die kürzlich in London abgehaltene internationale Konferenz zur Bekämpfung des weissen Sklavenhandels hat nach der „Frankf. Ztg.“ folgende Resolution gefaßt:

A) Es möge zwischen den Regierungen ein Abkommen getroffen werden, wonach 1. die Verleitung der Frauen und Mädchen zu schlechtem Lebenswandel durch Anwendung von Gewalt, Betrug, Mißbrauch der Autorität oder irgend eine andere Art des Zwanges so weit als möglich in den verschiedenen Ländern mit den gleichen Strafen zu bedrohen ist. Sind Personen dieses Verbrechens bezichtigt, so mögen 2. die Regierungen gleichzeitig die Nachforschungen vornehmen, wenn die That in verschiedenen Ländern begangen zu sein scheint. 3. Jeder Konflikt der Jurisdiction möge dadurch verhindert werden, daß die Regierungen den zuständigen Gerichtsort bestimmen. 4. Es möge durch internationale Verträge die Auslieferung der Angeklagten beschlossen werden.

B) Zwischen den philanthropischen Vereinen der verschiedenen Länder möge eine enge und dauernde Verbindung hergestellt werden, damit sie sich gegenseitig über die Fälle von Auswanderung von Frauen und Mädchen unter verdächtigen Umständen Mitteilung machen und den Schutz der Auswandernden bei deren Ankunft übernehmen.

C) Es möge eine genaue und vollständige Liste aller der Vereine in den verschiedenen Ländern, welche fähig und bereit sind, diese Pflichten zu übernehmen, aufgestellt werden. D) Diese Liste möge allen Regierungen und philanthropischen Vereinen überandt werden.

So anerkennt man alle diese Bestrebungen auch sind, sie werden doch nur wenig Erfolg haben. Die Lust-Sklaverei wird eben nur mit der Beseitigung der Lohn-Sklaverei verschwinden.

Der Provinzialverband der wasserländischen Frauenvereine in der Provinz Sachsen eröffnet am 1. Juli eine Volkshausstätte für lungenkranke Frauen und Mädchen im Forstbezirk Vogelsang bei Gommern.

Generalversammlung des Verbandes der Graveure, Tischlere und verwandten Berufsgeoffen Deutschlands.

Leipzig, 27. Juni.

Der Vorsitzende Bräuner eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Nachdem ein Antrag zu Punkt 6 der Tagesordnung über die Tageszeitung abgelehnt wurde, erhielt Grill das Wort, um über den Punkt Agitation ein einhalbstündiges Referat zu halten. Redner erläuterte in kurzen Fügen die Thätigkeit, welche er entfaltet hat, um in den einzelnen Orten die Kollegen für den Verband zu gewinnen, und hat er auch zum Teil ganz gute Erfolge zu verzeichnen. Leidner wünscht, daß bei den Agitationen mehr der innere Wert der Gewerkschaft gewürdigt würde, als daß immer so auf die Unterjüngungen hingewiesen wird. In der Diskussion wurde von einigen Rednern dem Centralverband der Vorwurf gemacht, nicht genügend für die Agitation gethan zu haben. Große bedauert, daß für unser Gewerbe seitens des Verbandes noch kein Minimallohn festgesetzt sei. Es wurde ihm aber sofort entgegengedehnt, daß derselbe dann thatsächlich bloß auf dem Papier stünde; dergleichen ging es mit den Anträgen, welche auf Verkürzung der Arbeitszeit hinausliefen. Es verwahrt sich vor allem der Vorstand über die Angriffe, welche deshalb gegen ihn erhoben seien, indem er vor allen Dingen jederzeit dafür eingetreten sei. Es läge aber hauptsächlich an den Kollegen selbst, indem dieselben gar nicht erst mit dergleichen Forderungen an ihn herantraten. Vor allen Dingen müßten wir eine Macht hinter uns haben, bevor wir allgemein eine beratliche Forderung an die Prinzipale stellen könnten. Punkt 8 Arbeitsnachweis giebt Bräuner den Bericht. Er bedauert, daß die prompte Bedienung durch denselben noch viel zu wünschen übrig lasse, indem der Wert noch nicht genügend seitens der Gehilfen anerkannt würde. Es halten die Kollegen nicht einmal für notwendig, wenn ihnen Arbeit nachgewiesen ist, den Nachweis davon in Kenntnis zu setzen, ob sie dieselbe angenommen haben oder nicht. In der hieran anschließenden Debatte wird vielfach die Meinung laut, die lokalen Arbeitsnachweise wurden abgelehnt, auch wurde von einigen Rednern gewünscht, unorganisierte Kollegen von der Bemühung desselben ganz auszuschließen. Die Anträge über Aufhebung der lokalen Arbeitsnachweise wurden abgelehnt, nur wurde denselben zur Pflicht gemacht, auswärtige Stellen unbedingt dem Central-Arbeitsnachweis zu melden. Der Antrag über Zurückweisung unorganisierter Kollegen wurde aus dem Grunde abgelehnt, weil dann an eine prompte Bedienung überhaupt nicht mehr zu denken sei. Allerdings würden organisierte Kollegen in erster Linie berücksichtigt.

Zu Punkt 9, Beratung der eingelaufenen Anträge, stellte sich ein ziemlich stürmischer Kampf um allen Jahrestellen ein. Die hierzu eingelaufenen Anträge erforderten circa drei Stunden zu ihrer Erledigung. Es wurden hierin verschiedene Verbesserungen des Verbandsstatuts vorgenommen. Die Anträge, welche auf Erhöhung der Unterstützung eingelaufen waren, sind von Stewert einer scharfen Kritik unterworfen. Er stellte fest, daß wir dann bei 80 Pf. Beitrag circa 100 M. Unterstützung im Jahre beziehen könnten. Es wurden jedoch auch hierin einige Verbesserungen geschaffen und zwar erhalten jetzt die Kollegen nach dreijähriger Mitgliedschaft 6 Wochen Unterstützung, verheiratete 12 M., unverheiratete 9 M., dergleichen ist das Mitglied nach dreijähriger Mitgliedschaft bis zu 15 M. erhöht worden. Es erfolgt sodann noch ein Antrag, welcher das Einjährige Geld auf 60 Pf. erhöht, selbiger wird angenommen. Bräuner verlegt sodann die Versammlung um 7 Uhr abends.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Vereinbarungen der Maurer mit den Unternehmern, die am vorigen Sonntag vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgeschlossen worden sind, unterlagen am Donnerstagsabend nochmals der Kritik zweier Maurerversammlungen. (Weigl. Berichte.) Beide Versammlungen haben sich im wesentlichen mit den Abmachungen einverstanden erklärt, wenn auch, namentlich bei den Lokalorganisationen, immer noch eine ziemlich starke Opposition gegen einzelne Punkte sich geltend machte. Das ist, wie auch von den Führern hervorgehoben wurde, nicht anders zu erwarten, sicher ist andererseits aber auch, daß man sich schließlich in die Regelung einleben wird.

In der Versammlung der lokalen Richtung ist man auch beschwerde über die Schreibweise des „Vorwärts“ gefaßt. Damit kann wohl nicht gemeint sein unsere — im ganzen freundliche — Beurteilung der Einigungsbedingungen, sondern wohl nur das, was

wir dabei über das Verhalten eines Teiles der Sozialisten gefagt haben. Wir hatten es sonderbar gefunden, daß die Opposition gerade von jener Seite käme, die zuerst gar keine Forderungen gestellt hatte; durch die Versammlungsberichte der ganzen Presse ist ferner übereinstimmend konstatiert, daß in der Sonntagversammlung nur Redner der lokalen Richtung sich gegen die Vereinbarungen gewandt. Das letztere kann also wohl nicht in Zweifel gezogen werden; was das erstere anlangt, so scheint auch der Genosse Kehler, der in der Versammlung anwesend war, dieselbe Auffassung von der Sache zu haben, denn er schreibt in der „Einigkeit“:

„Was wäre eingetreten, wenn die Maurerverammlung am 25. d. M. die Einigung verworfen hätte?

Ersichtlich hätte man unsere Lokalorganisation für das Festschlagen der Einigung nicht ganz ohne Grund verantwortlich gemacht. Der Horn aller derer, die durch die Fortsetzung des Ausstandes leiden mußten, hätte sich gegen uns gewendet, wir hätten jede Sympathie bei den Arbeitern und im Publikum verloren und bittere Feindschaft heraufbeschworen.

Was jetzt der Vorteil unserer Organisation ist, wäre dann ihr Nachteil geworden. Man hätte uns jede Solidarität verweigert.“

Wir unsererseits wollten damit weder behaupten, daß nicht auch ein Teil der Verhandlungsmitglieder gegen die Einigung war, noch wollten wir denjenigen, welche glauben, gegen die Vereinbarungen sein zu müssen, daraus einen Vorwurf machen, wir haben nur von unserem Rechte, unsere Auffassung zur allgemeinen Anerkennung zu bringen, Gebrauch gemacht. Den Ton, in welchem man den Führern, die nach ihrem Wissen und Gewissen im Interesse ihrer Kollegen gehandelt, in jener Versammlung entgegen zu treten beabsichtigte, können wir allerdings nicht gutheißen.

Im ganzen erklärt sich auch die „Einigkeit“ mit den Vereinbarungen einverstanden; einzelne Punkte daraus werden wir noch nachtragen.

An die Bäcker- und Bäckermacher Berlin und Umgebung. Kollegen! Mit dem heutigen Tage treten für uns die Bestimmungen der Bundesrats-Verordnung, welche auf Grund des § 120 des Reichs-Gewerbe-Ordinungs zum Schutze der in Bäcker- und Bäckermacherbetriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erlassen worden sind, in Kraft. Es wird nun Pflicht aller Kollegen sein, für die Durchführung dieser Bestimmungen Sorge zu tragen. In der nächsten Versammlung wird den Kollegen nochmals Gelegenheit gegeben werden, sich mit der Verordnung vertraut zu machen.

Anfragen unsere Branche betreffend sind an den Obmann P. Siegel, Adressir. 10, part., zu richten.

Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Die Berliner Schriftgießer beabsichtigen die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Der Vorstand des Vereins Berliner Schriftgießer hatte sich zuvörderst mit der maßgebenden bismarckschen Schriftgießerei in Verbindung gesetzt und mit den Inhabern derselben Rücksprache genommen. Seitens dieser ist aber die Einführung des achtstündigen Arbeitstages abgelehnt worden. Aus diesem Grunde wird nun in nächster Zeit eine Versammlung aller in der Schriftgießerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen werden, in welcher die zu unternehmenden Schritte betreffs Einführung des achtstündigen Arbeitstages beraten werden sollen.

Der Vertrauensmann der lokalorganisierten Musikinstrumenten-Arbeiter fordert die Kollegen auf, sich laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 21. Juni recht regen an der Sammlung zur Unterstützung für Ausgesperrte und Streikende zu beteiligen. Jede Fabrik ist verpflichtet, einen Delegierten zur Entnahme von Partien zu entsenden. Zur Kontrolle werden Bescheinigungen bei Entnahme und Quittungen bei Abrechnungen verabsolgt. Wegen der sich jetzt mehrenden Ausstände werden die Kollegen ersucht, womöglich wöchentlich eine 50 Pf.-Marke zu liefern.

Achtung, Schuhmacher! Sonntag, den 2. Juli, findet in Moabit eine nochmalige Flugblattverbreitung in Sachen des Vorklubs über die hiesigen Verkaufsstätten der Firma Conrad Tad u. Cie. statt. Wir eruchen die Kollegen, sich zahlreich dazu zu beteiligen. Treffpunkt morgens 7 Uhr bei Faber, Moabit, Stephanstr. 11.

Circa vierzig Textilarbeiter der Firma R. Gebauer in Charlottenburg haben am Freitag die Arbeit eingestellt. Die Arbeitszeit sollte von 11 Stunden auf 10 Stunden herabgesetzt werden. Damit wären die Arbeiter wohl einverstanden gewesen; sie verlangten aber bei dieser Gelegenheit eine kleine Aufbesserung ihrer elenden Löhne und zwar die Erhöhung von 27 Pf. — der jetzt als der höchste Lohn anzusehen ist — auf 30 Pf. pro Stunde. Diese bescheidene Forderung wurde abgelehnt, worauf der Ausstand begann. Der Rest der noch Arbeitenden wird heute (Sonntag) ebenfalls die Arbeit niederlegen, falls die obigen Forderungen nicht bewilligt werden. — Zutritt ist fernzuhalten.

Aufforderung. Da am 26. Juni sich der Fachverein der Tischler (für Berlin und Umgebung) aufgelöst hat, müssen alle Forderungen sowie Verbindlichkeiten bis 10. Juli 1899 an den Rentanten Jul. Schulz, Brigerstr. 42, III eingereicht werden.

Die Beitragskammer werden ersucht, bis zu dieser Zeit abzurechnen, sowie sämtliches Material abzugeben.

J. A.: K. Goppe,
Widostr. 10, Crefelderstr. 10.

Deutsches Reich.

Zur Formerbewegung. Die Leipziger Gießerei-Unternehmer haben versucht, einen Teil ihrer Modelle zum Guss in Gera unterzubringen. Die dortigen Formere erklärten sich jedoch mit ihren Leipziger Kollegen solidarisch und lehnten die Anfertigung dieser Arbeiten ab. Drei der dortigen Firmen haben die Leipziger Modelle inselbst wieder zurückgeschickt, bei der vierten kam es zum Konflikt. Drei Mann legten die Arbeit sofort nieder, die übrigen kündigten bis auf vier Mann.

Wegen Bedrohung eines Arbeitwilligen wurde in Rammheim der Maurer Baer zu einem Tag Gefängnis verurteilt, obwohl der angeblich Bedrohte vor Gericht erklärte, er habe sich gar nicht bedroht gefühlt und die Ausherrung Baers nur als Spatz aufgefaßt.

Wegen Bedrohung „Arbeitwilliger“ standen in Bernburg 5 Korbmacher und 1 Schlosser vor dem Schöffengericht. Die Anklage lautete auf Körperverletzung und Bedrohung mit Todschlag. Der angeblich Verletzte war nicht in der Verhandlung anwesend, sondern war in der Strafanstalt Zweibrücken, in der er für sechs Monate Quartier hat, kommissarisch vernommen worden. Die Beweisaufnahme gestaltete sich für die Angeklagten so günstig, daß der Staatsanwalt die Freisprechung beantragen mußte, die denn auch vom Gericht nach kurzer Beratung ausgesprochen wurde.

Anstand.

In Bräun bestehen gegenwärtig noch Differenzen in zwei Bebereien mit 690 Arbeitern, und in einer Spinnerei haben 200 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Außerdem streiken sämtliche 500 Anbinde. Den Anbindern dürfen Konzeffionen gemacht werden. Ueber die Erledigung der sonstigen Differenzen läßt sich noch nichts vorhersehen.

Eine Massenansperrung der Arbeiter des gesamten Baugewerbes wird, wie wir dem „Volkrecht“ entnehmen, von den Unternehmern in Zürich erwogen. Der Plan knüpft an den Streik der 400 Steinhauer an.

Monceau-les-Mines, 29. Juni. Die ausländischen Bergarbeiter haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Streik hat 25 Tage gedauert.

Die Massenansperrung in Dänemark.

Kopenhagen, 29. Juni 1899.
Der Unternehmerverein hat jetzt endlich beschloffen, das Schiedsgericht als Einigungsamt anzuerkennen. Dieser Beschluß scheint jedoch auf ein Scheinmonat hinauszulaufen, denn die Bedingungen, die er gleichzeitig für Aufhebung der Ansperrung aufgestellt hat, sind derart, daß sie einer völligen Unterwerfung der Arbeiter gleichkommen und freiwillig von diesen niemals anerkannt werden dürften. Die gleichen Bedingungen sind von den Unternehmern schon früher

aufgestellt, von den Ausgesperrten aber entristet zurückgewiesen worden. Das Einigungsverfahren wäre ja ganz zwecklos, wenn die Arbeiter einfach die entwürdigenden Bedingungen der Unternehmer anerkennen sollten.

Schweden. Stockholm, 28. Juni.

Einer der größten Arbeitskonflikte, der seit Jahren hier zu Lande vorgekommen, ist in diesen Tagen abgeschlossen worden. Nach einem harten Kampfe, in dem die Arbeiter dem Unternehmertum 2 1/2 Monate Widerstand leisteten, endete die Ansperrung im Sägemühlendistrikt Sundswald mit dem Siege der Unternehmer. Am 6. April wurden etwa 1200 Arbeiter der Sägemühlen auf die Straße verworfen; sowohl aus der Arbeit wie aus den den Unternehmern gehörigen Wohnungen, weil sie nicht aus ihrer Organisation austreten wollten. Der Verband der Sägemühlendarbeiter war allmählich sehr erstickt und hatte auf die Regelung der Arbeitsbedingungen in den nördlichen Distrikten Schwedens Einfluß gewonnen, so daß die Unternehmer in ihrer Willkür stark eingeschränkt wurden. Das wurde den Unternehmern schließlich ungenügend und deshalb wurden die Arbeiter vor die Alternative gestellt, entweder Austritt aus der Organisation oder Ansperrung. Die Arbeiter wählten heldenmütig das letztere — sie mußten dem Andränge der Arbeitswilligen zu der wenig Vorbildung erfordernden Arbeit weichen. Ein Teil der Arbeiter reiste ab, der andere fügte sich. Nicht zum wenigsten hat die Parteinahme der Behörden für die Unternehmer zu deren Siege beigetragen.

Das Gute hat aber auch dieser für die Arbeiter unglücklich verlaufene Kampf um das Koalitionsrecht gehabt, daß bis tief in die Reihen der bürgerlichen und gebildeten Kreise die Erkenntnis von der Notwendigkeit gedrungen ist, durch die Beschaffung des Koalitionsrechts gegen die wachsende, innerlich gehähte großkapitalistische Tyrannei (besonders unter der Form von Aktiengesellschaften) zu kämpfen. Und die Arbeiterorganisation im ganzen wird, den großen Aufsperrungen zum Trotz, von dieser Gewaltthat gegen ein in Schweden unaltes Bürgerrecht nur Vorteil haben. In den kommenden Wahlen im Sommer ist das Koalitionsrecht zugleich mit der Stimmentfrage auf die Tagesordnung zu setzen.

Sociales.

Ein Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine in der Erzdiözese Köln tagte am 25. Juni in M. Gladbach. In dem Jahresberichte wurde festgestellt, daß in der Diözese 128 Vereine mit 34 037 Mitgliedern bestehen. Der Generalsekretär Dr. Pieper hielt es, was auf die Mitglieder der Vereine sein besonders gutes Licht wirft, für nötig, wiederholt auszusprechen, daß sich die Mitglieder in den Vereinen nicht bloß amüsieren, sondern auch einmal aus sich selbst heraus ernste, sozialpolitische Arbeit thun sollten.

Es wurde dann mitgeteilt, daß für die Diözese ein Arbeitersekretär angestellt worden sei, was von den Delegierten gutgeheißen wurde. Dann wurde über die Mittel zur Förderung der christlichen Gewerkschaften beraten. Es wurde hauptsächlich die Schulung der Arbeiter empfohlen. Auch der Streik wurde als letztes Mittel den Gewerkschaften empfohlen. Ein Redner trat einem Bericht über den Mainzer Kongreß entgegen, in dem behauptet wurde, der Referent habe gesagt, bei der Lohnfrage müsse darauf geachtet werden, daß der Unternehmergewinn nicht darunter leide. Diese Auffassung müsse der Arbeiter von sich weisen.

Es wurde eine Resolution angenommen, die die Durchführung der Arbeiterbewegung fordert. Zum Schlusse wurde die folgende Resolution gegen die Buchhaus-Vorlage angenommen:

„Das Koalitionsrecht, das Recht der freien Vereinigung zur Besserung seiner Lage und zur gemeinsamen Regelung der Arbeitsbedingungen, ist ein natürliches Recht des Arbeiters, welches wir nicht nur geschützt, sondern auch ausgebaut wissen wollen. In dem Gesetzentwurf zum Schutze des gewerkschaftlichen Arbeitsverhältnisses, welcher zur Zeit dem Reichstage vorliegt, erkennen wir einen Versuch, den Arbeitern die Ausübung des ohnehin beschränkten Koalitionsrechtes unmöglich zu machen. Zugleich würde die Annahme dieser Vorlage die sozialen Gegensätze abermals verschärfen, und einen friedlichen Ausgleich in den Interessenkämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer außer Acht lassen. Wir erheben entschieden Einspruch gegen den vorgelegten Gesetzentwurf, namentlich auch im Interesse der christlichen Arbeiterbewegung und der gedeihlichen Fortführung der angebahnten Socialreform, und wir erwarten vom deutschen Reichstage, daß er der Vorlage seine Zustimmung verweigern wird. Wir erwarten vielmehr, daß derselbe auf die Aufhebung der die Koalitionsfreiheit beschränkenden vereinigungsrechtlichen Bestimmungen sowie insbesondere auf die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine unentwegt dringen wird.“

Gerichts-Beitung.

Ein Erzgänger und Schwindler stand gestern in der Person des Inzeratentag Hugo Beckerich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der erst 23jährige Angeklagte ist vollständig auf Abwege geraten. Nach vielfachen Vorstrafen wurde er zuletzt zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Im November vorigen Jahres wurde er auf freien Fuß gesetzt und sofort begann er wiederum sein frühereß Treiben gemeingefährlicher Art. Seine Mutter und seine Schwester, welche ein Schneidereigeschäft betreiben, nahmen ihn bei sich auf. Es gelang dem Angeklagten, bei mehreren hiesigen Zeitungen als Inzeratentag angestellt zu werden. In dieser Eigenschaft trat er mit dem Ingenieur A. in Geschäftsverbindung. A. hatte seine Erzeugnisse in einem Hotel ausgestellt. Eines Tages beauftragte der Angeklagte, der für als A. ausgab, den Hotelbesitzer telephonisch, derselbe möge einem demnächst erscheinenden Boten den Gesellschaftsausgang A.'s ausshändigen, er habe schleunigst einen Besuch zu machen. Der Hotelbesitzer sagte zu. Nach kurzer Zeit wurde derselbe wiederum von dem angeblichen A. angepingelt. Derselbe Boten, welcher den Anzug holen sollte, wurde auch eine Rechnung von einer hiesigen Zeitung über 48 Mark übergeben, der Hotelbesitzer möge diesen Betrag auslegen. Der letztere, welcher wußte, daß sein Gast viel inserierte, schöpfte keinen Verdacht, als der Boten, der vom Angeklagten abgeholt war, erschien, wurde ihm der Anzug wie das Geld ausgehändigt. Nachdem dieser Schwindel gelungen war, legte der Angeklagte sich gewerkschaftlich auf derartige Betrügereien. Von den Zeitungen, für die er thätig war, waren ihm Bestellschein-Formulare eingehändigt worden, die von den Auftraggebern zu unterzeichnen waren. Der Angeklagte füllte diese Scheine selbst aus, fälschte die Namen und den Quittungsvermerk der betreffenden Ressortchefs und versuchte nun, in den Hotels, in denen die angeblichen Auftraggeber Wohnung genommen hatten, Zahlung von den Formern zu verlangen. In vielen Fällen gelang es ihm, in andern blieb es bei dem Versuch. Der Angeklagte beschränkte sich nicht auf Berlin, sondern betrieb den Telephonischwindel auch von anherhalb. Es war ihm bekannt, daß ein Dr. Fr. in Eberswalde häufig zu inserieren pflegte. Der Angeklagte reiste nach Eberswalde, ließ sich mit dem Brauereidirektor Fr. in Berlin, dem Bruder des Dr. Fr. telephonisch verbinden und bat ihn, den Betrag einer Inzeratentrechnung, die ihm, dem Brauereidirektor, im Laufe des Tages vorgelegt werden würde, zu begleichen. Der Betrag gelang, der Brauereidirektor zahlte, als ein Bote des Angeklagten mit der gefälschten Rechnung erschien. Schließlich verfiel der Angeklagte seine eigene Schwester nicht; er fälschte Rechnungen und zog darauf Außenstände ein. Er hatte durch alle diese Schwindelereien in kurzer Zeit eine so große Summe zusammengespart, daß er das Geld nicht hatte verbrauchen können. Auf die Frage des Vorsitzenden, wo er mit dem Gelde geblieben sei, erwiderte der Angeklagte nach vorberühmten Mustern, daß er es im Grunewald vergraben habe, er beabsichtige nach Verbüßung seiner Strafe ins Ausland zu gehen. Der Gerichtshof ließ die Witte des geständigen Angeklagten, ihm mitbedende Umstände zuzubilligen, unberücksichtigt. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Buchhaus, Polizeiaussicht, Ehrverlust und 1960 M. Geldstrafe oder nach 180 Tage Buchhaus.

Für den Inzeratenteil verantwortlich: Th. Glöckel in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

In der Anklagesache wegen versuchten Gattenmordes gegen den Diätar Hahn und die geschiedene Frau Buchwald fand gestern ein Termin zur Zuaugensichnahme des Thatories beim Bahnhofs-Schmargendorf statt. Während die Ueberfallene, die Ehefrau Hahn, behauptet, daß die Geliebte ihres Mannes, die Buchwald, plötzlich hinter einem Baum hervortrat, hinter dem sie sich verborgen gehalten, behauptet die Buchwald, daß sie frei und offen auf dem Wege stehend, die Frau Hahn erwartet habe, in der Absicht, dieselbe durch ihren Anblick zu reizen. An dem Termine nahmen der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Friedberg, Staatsanwalt Plafschke und die Verteidiger der beiden Angeklagten, Rechtsanwälte Pincus und Dr. Werthauer teil.

Der Trauerbrief-Collecteur Seelhorst ist wegen seiner bekannten Lotteripraktiken gestern vom Schöffengericht in Braunschweig auf Grund des § 366 des Strafgesetzbuchs zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. Eine gleiche Strafe erhielt der Lottericollecteur Klostermann als Compagnon des Schwindlers.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Die Unruhen in Belgien.

Brüssel, 30. Juni. (B. T. V.) Die Parteien der Linken versammelten sich nach der Kammeröffnung und redigierten ein Protokoll, welches besagt, daß angesichts des durch die öffentliche Meinung soeben errungenen ersten Sieges alle einzig seien in der Ueberzeugung von der entschiedenen Notwendigkeit, die Vereinigung aller oppositionellen Kräfte in dem Widerstande gegen die Wahlvorlage aufrecht zu erhalten. Die Parteien der Linken beharren dabei, die Vertagung der Vorlage zu verlangen und in der Propaganda hierfür fortzuführen, sprechen jedoch, um dem Gedanken nach Verhütung Ausdruck zu geben, den Wunsch aus, daß die Kammergebung in größter Ruhe fortgesetzt werde.

Nach Schluß der Kammeröffnung versuchten die socialistischen Deputierten in Gruppen das Kammergebäude, der Socialist Vandervelde wandte sich mit Ermächtigung der Polizei an die Menge und teilte mit, daß die Lösung der Krise bevorstehe, ermahnte die Menge zur Ruhe und sprach die Hoffnung aus, daß in Brüssel die Ordnung wieder eintreten werde. Derselben gleiches lud er die Menge zu einer Versammlung im Volkshause auf heute Abend ein. Die Menge sollte dem socialistischen Deputierten lebhaften Beifall.

Brüssel, 30. Juni. (B. T. V.) Der Bürgermeister machte durch öffentlichen Anschlag bekannt, daß er angesichts der heute in der Kammer von der Regierung abgegebenen Erklärung seine gestrige Verfügung bezüglich des Verbots von Ansammlungen zurückziehe. Mehrere socialistisch-fortschrittliche Deputierte brachten im Bureau der Kammer einen Antrag ein, welcher ein Plebiszitt über die dem Volk erwünschte Form des Wahlrechts verlangte. — Das „Petit Bleu“ sagt, die Regierung habe kapituliert. „Peuple“ erscheint heute mit Trauerrand und beschränkt sich darauf, die heutigen Erklärungen der Regierung zu verzeichnen.

Triest, 30. Juni. (B. T. V.) In der Nacht kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Christlich-Socialen und den Sozialisten, so daß die Polizei einschreiten mußte und zwölf Verhaftungen vornahm.

Paris, 30. Juni. (B. T. V.) **Deputiertenkammer.** Mille-voue wünscht über die Art und Weise zu interpellieren, in welcher Mitterand die socialistischen Doktrinen anzuwenden gedenke. Auf Antrag Mitterands beschließt die Kammer mit 357 gegen 165 Stimmen, den Antrag auf einen Monat zu vertagen. Bourquery de Vossierin bringt einen Antrag ein, welcher die Regierung auffordert, die Kammer nicht zu vertagen, so lange die Republik in Gefahr sei. Der Antragsteller drückt gleichzeitig mehreren Mitgliedern des Kabinetts feige Wörtchen aus. Präsident Waldeck-Rousseau erwidert, das Kabinett sei eine Regierung republikanischer Politik. Wenn man sage, die Republik sei in Gefahr, so sei dies eine arge Uebertreibung. Hierauf zieht Bourquery seinen Antrag zurück.

Paris, 30. Juni. (B. T. V.) Die Deputiertenkammer nahm mit 319 gegen 174 Stimmen einen Antrag an, wonach Frauen, die den Grad de Licenciés en droit erlangt haben, die Advokatur ausüben dürfen.

Rom, 30. Juni. (B. T. V.) Die Regierung verständigte Zanardelli, sie sei zu weitgehenden Zugeständnissen in Bezug auf Inhalt und Form der streitigen Verordnungen bereit, sobald die Opposition sich zur Annahme der Reglementsnovelle verpflichte.

Rom, 30. Juni. (B. T. V.) **Deputiertenkammer.** Der Kabinett Tacconi beantragt, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses durch Namensaufruf festgestellt werde; der Namensaufruf ergibt die Beschlußfähigkeit. Der Socialist Brampolini beantragt namentliche Abstimmung über die Genehmigung des Protokolls. (Lärm rechts und im Centrum; Aufse: Genug, genug.) Der Präsident erklärt, der Antrag Brampolinis verstoße gegen die Geschäftsordnung, er könne ihm deshalb keine Folge geben. Das Protokoll wird hierauf genehmigt. (Schloffer Beifall.) Unter heftigem Lärm erklärt Brampolini die Abstimmung über das Protokoll für ungesetzlich und verlangt wiederholt namentliche Abstimmung. Pantano (radikal) erklärt, die äußerste Linke beabsichtige, alle von der Geschäftsordnung zugelassenen Mittel anzuwenden, um die Mehrheit zu verhindern, daß sie die politischen Maßnahmen, welche die verfassungsmäßigen Rechte verletzen, genehmige. Redner fordert den Präsidenten auf, die Rechte aller zu schützen, da sonst jede Auslieferung gesetzmäßig sei. (Zustimmung auf der äußersten Linken, großer Lärm auf der Rechten und im Centrum.) Die äußerste Linke läßt fortwährend: „Namentliche Abstimmung!“ Viele Deputierte verlassen ihre Sitze. Die Sitzung wird unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlangt die äußerste Linke noch immer die namentliche Abstimmung unter heftigem Tumult. Der Präsident bestimmt, daß zur geheimen Abstimmung geschritten werde über mehrere Gesetzentwürfe, die schon in der Vorberatung angenommen worden waren. Viele Deputierte der äußersten Linken steigen in den Raum vor der Rednertribüne herab, um die Abstimmung zu verhindern. Heftiger Tumult. Man schlägt sich mit den Fäusten. Die Sitzung wird unterbrochen.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung beklagt der Präsident lebhaft die begangenen Gewaltthatigkeiten und hebt hervor, er habe stets mit größter Gerechtigkeit die Geschäftsordnung gehandhabt (Gut.) und fordert zur Ruhe auf. Darauf schreitet die Kammer zur geheimen Abstimmung über die vier heute vormittag genehmigten Gesetzentwürfe. (Auf der äußersten Linken erhebt sich großer Lärm.) Paulano bemerkt, indem er namentliche Abstimmung über das Protokoll verlangt, man könne nicht über mehr als drei Gesetzentwürfe zu gleicher Zeit abstimmen, man müsse vorher die Interpellationen besprechen; die äußerste Linke beabsichtigt nicht einen Zoll breit von ihren Rechten abzugeben. (Beifall auf der äußersten Linken, lebhafteste Unruhe bei den anderen Parteien des Hauses.) Der Präsident erwidert, die Besprechung der Interpellationen habe bereits begonnen, daß der Lärm es unmöglich mache, damit fortzuführen; auch sei die dazu bestimmte Zeit abgelaufen gewesen. Die Abstimmung nimmt ihren Anfang, aber auf der äußersten Linken erhebt sich lautes Geklärr, Mitglieder der äußersten Linken werfen die Urnen auf die Erde. Der Präsident schlägt hierauf unter großem Lärm die Sitzung.

Alexandrien, 30. Juni. (B. T. V.) Da die Pestepidemie nach andauert, läßt die Regierung Kerzte hierher kommen, die mit der indischen Pest vertraut sind.

Dieszu 2 Beilagen.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin.

Das sächsische Regierungsorgan vor Gericht.

Den Schlussteil der Gerichtsverhandlung in Dresden gegen die verantwortlichen Redactoren des „Vorwärts“ und der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“...

Nach Schluß der Beweisaufnahme sucht Staatsanwalt v. d. Decken nochmals den Nachweis zu führen, daß das Gericht betreffs Jacobey zuständig sei...

Verteidiger, Rechtsanwalt Freudenthal-Berlin: Ich muß wiederholt darauf hinweisen, daß die Redactoren des „Dresdner Journals“ nicht Beamte im Sinne des Gesetzes sein können...

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ich schließe mich den Ausführungen meines Herrn Mitverteidigers an und will mir noch hervorheben, daß der Wahrheitsbeweis in vollem Umfang geführt ist...

Nach noch kurzer Erweiterung des Staatsanwalts bemerkt Rechtsanwalt Heine: Sobald man die Eisenbahnarbeiter als Beamte ansieht, dann will ich auch die Redactoren des „Dresdner Journals“ als Beamte betrachten...

Die Ruhestätte der im März 1848 Gefallenen.

Um das Friedhofs-Portal im Friedrichshain wurde gestern abends vor dem Bezirksauschusse lebhaft gekämpft. Die beiden städtischen Behörden hatten belamlich die ordnungsmäßige Instandsetzung des Friedhofes der Märzgefallenen im Friedrichshain und gleichzeitig die Errichtung eines Eingangsthoros daselbst beschlossen...

ihm in gemischter Deputation über die Angelegenheit zu beraten. Die Versammlung hat aber diesen Antrag abgelehnt, weil sie eine grundsätzliche Entscheidung in dieser Angelegenheit wünschte...

Den Vorsitz führte wiederum Geh. Regierungsrat Kahser, für den Polizeipräsidenten ist der Vorsitzende der Bauabteilung Regierungsrat Zacher anwesend, den Magistrat vertritt Justizrat Kleinholz.

Der Magistrat hält die Weigerung des Polizeipräsidenten zur Erteilung der Bauerlaubnis gegenseitig nicht für begründet. Das Portal sei durchaus einfach projectiert, der Kostenanschlag der gesamten Instandsetzungs-Maßnahmen betrage 6500 Mk. nach dem Entwurfe würde dieses Portal hinter manchem Portal anderer Friedhöfe zurückstehen...

Der Polizeipräsident steht dagegen auf dem Standpunkt, daß die Ablicht der bloßen Instandsetzung des Friedhofes immer mehr gegenüber dem Wunsche, ein dauerndes Erinnerungsgedächtnis an die Märztage zu schaffen, zurückzutreten sei, so daß kein Zweifel darüber herrschen könne, daß es sich um eine politische Demonstration zur Verherrlichung der Revolution handle...

Der Magistrat hat in einer umfangreichen Entgegnung auf die Klagebeantwortung des Polizeipräsidenten die von demselben vorgebrachten Gründe belächelt und nochmals sich entschieden dagegen verwahrt, daß es sich um eine Verherrlichung der Revolution handle...

Der Referent, Verwaltungsgerechts-Director Frensborg giebt nach den vom Magistrat eingehenden Akten eine eingehende Darstellung der Entwicklung der ganzen Angelegenheit, wobei er auch die Reden der verschiedenen Redner in der Stadtverordneten-Versammlung sowie der Vertreter des Magistrats, des Oberbürgermeisters Jelle und des Stadtrats Ramsau, anführt.

Hierauf nimmt Justizrat Kleinholz das Wort, indem er zunächst bemerkt, daß er der Erklärung des Referenten des Magistrats in der Sitzung des Bezirksauschusses vom 25. April voll und ganz beitrete, weil sie der Sachlage vollständig entspreche, eine Verchiebung der Rechte- und Sachlage dadurch nicht eingetreten sei und die Sache selbst eine rosige Lage geblieben sei...

kenntnis festgelegt werde, ob er thatsächlich richtig oder unrichtig gehandelt habe.

Der Vertreter des Polizeipräsidenten erkennt an, daß der Magistrat sich mit Erfolg bemüht habe, die Errichtung eines Denksteins zu hintertreiben, ist aber der Meinung, daß das jetzt geplante Bauwerk einem Denkstein gleich zu achten sei, ja noch mehr als solcher wirken würde...

Der Referent verweist noch darauf, daß in einer großen Mappe zur event. Befestigung durch den Bezirksauschuss die Abbildungen von Portalen einer Reihe anderer Friedhöfe vorliegen.

Das Kollegium zieht sich hierauf zu längerer Beratung zurück, deren Ergebnis folgender Bescheid ist: Dem Kläger amtliche Auskunft darüber zu erfordern, ob das vorgelegte Bauprojekt mit der vom Magistrat beschlossenen Inschrift von der Stadtverordneten-Versammlung genehmigt worden ist...

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Zur Förderung des naturkundlichen Unterrichts nach einem bestimmten Verwendungspläne hat das Magistratskollegium beschlossen, in den nächstjährigen Etat die Summe von 4000 Mk. einzustellen für Vorträge über die Fortschritte auf dem Gebiete der Naturwissenschaften...

In ihrer geheimen Sitzung am Donnerstag hat sich die Stadtverordneten-Versammlung mit der Pensionierung des Direktors der Charlottenchule, Professor Karl Goldbed, zum 1. Oktober 1899 und mit der Wahl des ersten Assistenzdirectors der städtischen Irrenanstalt zu Dalldorf, Dr. Hermann Schmidt, als Oberarzt in der Anstalt für Epileptische zu Wuhlgarten einverstanden erklärt...

Lokales.

Wegen Raummangels können wir die Darstellung der Lokalkommission über die Angelegenheit der Brauerei Pischelsdorf erst am Sonntag veröffentlichen.

Arbeiter, Parteigenossen! Wir bringen hiermit nochmals zur Kenntnis, daß das Lokal von „Autkowski“ in Rauchfangwerder der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, und erwarten von Euch, daß Ihr Dampferpartei u. dergl. nach dort nicht unternehmt, event. abgeschlossene Verträge rückgängig macht...

Das Lokal von W. Proppens in Muggelheim „Große Krampe“ steht der Arbeiterschaft zur Verfügung.

Der Kampf um die Inschrift. Wenn die beste Methode, revolutionierend zu wirken, mit einem Preis bedacht wäre, so hätten die ordnungsgibenden Gewalten, die gestern vor dem Bezirksauschuss das Friedhofsportal zu Fall bringen wollten, ihn ohne Zweifel verdient. Alles war geschehen, was der Ehrung der Märzgefallenen den Stachel hätte nehmen können...

wurden. Vor der grandiosen Kühnheit einer solchen Idee verblüffte gleichsam das eigentliche Objekt des Kampfes. Man sieht nur noch den Ritter mit der Fledermaus, den eine romantische Schraube zum Stumm gegen die Windmühlenscheitel treibt und der von diesen Windmühlenscheiteln infolge des Wälzens rein physikalischer Gesetze zu Boden geschlagen wird.

Längst vergessen wäre, wenn auch gewiß nicht im Proletariat, das mit und ohne Portal des ruhmvollsten Tages der deutschen Geschichte gedenkt, so doch im Bürgerium der 18. März, wenn die preussische Hof- und Polizeipolitik sich klug geberdet hätte, wenn der preussische Staat im Gefühl seiner vielleicht doch noch vorhandenen Stärke den unschuldigen Deutschen und das unschuldige Portal ruhig hätte ersehen lassen.

Die Prinzipienbeträchtigungen des Ritters von der Raucha regen aber, und das ist das verhängnisvolle an ihnen, auch den harmlosen, nicht in der nächsten Welt hausenden Bürger gewalttätig zu Betrachtungen darüber an, daß die preussische Romantik und die politischen Daseinsbedingungen der Gegenwart zu einander passen, wie — nun das bekannte Sprichwort lautet in jeder.

Was kann revolutionärer wirken, als wenn Leute, die am ehesten Ursache hätten, diese fatale Wahrheit sorgsam zu verdecken, sie geradezu mitwütig vor der Welt enthüllen.

Zur Lebensfrage hat der Bezirksverein der Bäcker Moabits folgende Resolution angenommen: „Der Verein beschließt, die Festsetzung einer bestimmten Stunde für den Geschäftsschluß abzulehnen, insbesondere, weil für Konditoren und Gastwirtschaften nicht die gleiche Verlängerung der Ladenzzeit in Aussicht genommen ist.“ Es sind ja nicht die Bäckermeister, die vom Morgengrauen bis in die stündende Nacht hinter dem Ladentisch stehen müssen. Die Gesundheit ihrer Verkaufsrinnen kümmert die Herren aber ebenso wenig, wie die Gesundheit ihrer Gefellen und Arbeiter.

Die Säbelfaire in der Wilowstraße wird in der „Berl. Bl.“ wie folgt dargestellt: „In der Nacht zum Sonntag, nach 1 Uhr, wurde Oberleutnant Dörich, der vom 78. Pionier-Regiment in Hannover hierher zur Kriegsakademie kommandiert ist, von dem offenbar angetrunkenen Lutas durch allerlei Redensarten belästigt und verhöhnt. Der Offizier ließ sich die Belästigung zunächst ruhig gefallen. Erst als Lutas sich über den weiteren schreitenden Offizier ein pöbelhaftes Schimpfwort nachließ, drehte sich dieser um, ging mit gezogenem Säbel auf Lutas los und bearbeitete diesen damit in fürchterlicher Weise. Lutas erhielt mehrere Stiche in den Unterleib und verschiedene Stiche über den Kopf. Nach nachdem Lutas bestimmungslos am Boden lag, versetzte ihm der Offizier, der offenbar außer sich vor Wut war, eine Anzahl Stiche. Pöhllich sprang Lutas auf und rammte hilflos dem Rollendorf-Platz zu, bis er von neuem niederfiel. Der Offizier begab sich mit mehreren Personen, die sich an der Stelle des Vorgangs eingefunden, nach der Polizeiwache, nachdem er erst mit seinem Begleiter vergeblich nach dem Verwundeten gesucht hatte. Der schwerverletzte Lutas aber, der gegen den Rollendorf-Platz zu, um weiteren Verhandlungen zu unterliegen, flüchtete, konnte nicht weit laufen; nach wenigen Minuten stürzte er bewußtlos zusammen. Es dauerte längere Zeit, wie er angeht, bis er wieder zu sich kam. Von Wut über und über bedeckt, wollte er auf zwei Passanten zu und bot sie, ihm beizustehen. Die Herren führten ihn zur nächsten Unfallstation, von wo aus er in das Elisabeth-Krankenhaus in der Lützowstraße übergeführt wurde. Hier liegt er nun schwer krank daneben. Nach Ansicht der Ärzte wird er nur dann möglicherweise mit dem Leben davonkommen, weil er über eine ungemein kräftige Körperkonstitution verfügt. Insbesondere die Stiche gegen den Bauch müssen mit fürchterlicher Kraft geführt worden sein. Hat doch ein Stich die schwere Uhrkette des Lutas zertrümmert, ein anderer Stich aber gar die Uhr durch und durch gehöhrt! Lutas, der Junggelehrte ist, und in der Kurfürststr. 172 wohnt, ist ein Mann, der einen recht sympathischen Eindruck macht. Auch die Leute, bei denen er seit nahezu vier Jahren wohnt, schildern ihn als ordentlichen, ruhigen Menschen, der für gewöhnlich nur sehr wenig trinkt. Die Aussagen des Zeigers, die er unserer Berichterstatter gegenüber machte, sind allerdings nicht sehr glaubwürdig und stehen mit unseren Ermittlungen in Widerspruch. Lutas behauptet nämlich, daß er an dem Offizier, den er gar nicht benennt, habe vorübergehen wollen, und daß dieser vollständig grundlos plötzlich mit dem Säbel gegen ihn losgeschlagen habe. Lutas will sich dies dadurch erklären, daß der Offizier ihn mit einer andern Person verwechselt haben werde.“

Zwei Arbeiter sind gestern morgen bei einem Gerüst-einsturz auf dem Grundstück Miedemstraße 23 schwer verunglückt. Das Gebäude, an der Ecke der Hasenburgerstraße gelegen, hatte einen neuen Anstrich erhalten. Gestern morgen waren sechs Arbeiter damit beschäftigt, das Reitergerüst abzubauen; drei Mann standen auf dem linken Flügel des Gerüsts, um die Bohlen von der vierten Etage herunterzulassen. In der Höhe des vierten Stockes stand der 23jährige Arbeiter Gustav Stiller aus der Marienburgerstraße 21, im dritten Stockwerk befand sich der Arbeiter Julius Rypke, Friedrichselderstraße 8 wohnhaft. In der Höhe der ersten Etage hielt sich der Arbeiter Peter aus, welcher die herabgerollten Bretter in Empfang nahm. Durch einen noch nicht aufgeklärten Umstand lösten sich die in der Wand am Fenster der zweiten Etage eingelassenen Bohlen, mit welchen die Seitenleitern gehalten wurden, und diese sowie die benachbarten Leitern stürzten zur Erde, das gesamte Gerüst mit sich reichend und die drei genannten Arbeiter unter sich begrabend. Stiller erlitt bei dem Absturz am Kopfe sowie innerlich schwere Verletzungen; Rypke trug einen Schenkelbruch und gleichfalls Verletzungen am Kopfe davon. Beide Arbeiter wurden nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft, wofür Stiller hoffnungslos darniederliegt. Der Arbeiter Peter blieb unbeschädigt.

Wie gefährlich bei Herstellung der elektrischen Oberleitungen für die Straßenbahnen das Riechen der Leitungsdrahte ist, zeigt wieder ein Vorfall, der sich in Schöneberg bei der Anlegung der für die neue südliche Vorortbahn bestimmten Oberleitung vor dem Rathaus ereignet hat. Als ein Arbeiter die neuen Drahte an die Drähte der bereits in Betrieb befindlichen Leitung ansetzte, erhielt er plötzlich einen heftigen Schlag und wurde an beiden Händen stark verbrannt.

In einem Stadtbahnzuge gestorben ist gestern Abend gegen 9 Uhr auf der Fahrt vom Bahnhof Bellevue bis Charlottenburg in einem Abteil III. Klasse ein unbekannter Mann von etwa 28 bis 30 Jahren.

Auf freiem Fuß gesetzt wurde die Berliner Schauspielerin Maria Döschel, welche in Italien unter dem Verdachte des Vortrages und Menschenhandels verhaftet worden war. Die von der Berliner Staatsanwaltschaft eingegangene Auskunft über die M. und ihren gleichfalls in Haft genommenen Begleiter, den Balletmeister Jagodzinski, lautete dahin, daß keiner der beiden Festgenommenen von der hiesigen Behörde wegen irgend welcher Straftaten verfolgt werde. Da auch für die angeblich auf freies Geheiß befreiten Verdächtigten des Raubes keinerlei sichere Beweise vorhanden waren, wurden die Verhafteten nach sechswochentlicher Untersuchungshaft wieder freigelassen.

Vom Wagen gestohlen wurde vorgestern Nachmittag auf offener Straße dem Aufseher Bräuer aus der Kiekerstraße 20 ein großes Paket, während er auf einen Augenblick in das Haus Kurfürststraße 43 Hineingegangen war. Das Paket enthielt gegen 70 Pfund geträucherte Fleischwaren. Der Dieb war damit spurlos verschwunden, als der Aufseher zu seinem Fuhrwerke zurückkehrte.

Erschoen wurde in der Nacht zum Donnerstag im Osten an der Ecke der Rindfleisch- und Fruchtstraße der Kassenbote Barthold durch den Monteur Schulz. Nach einem Streit in einem Wirtschaftsgast gab Barthold auf der Straße dem Monteur eine Ohrfeige, die diesen zu Boden warf. Der Geschlagene zog nun das Messer und stach damit dem Kassierer in den Hals, wobei das

Messer abbrach. Der Gestohlene blieb auf der Stelle liegen und wurde auf Veranlassung der Polizei nach der nächsten Unfallstation und dann nach einem Krankenhaus gebracht, wo er innerlich gestorben ist. Schulz wurde noch in der Nacht in dem Hause Fruchtstraße 67, Ecke Kiekerstraße, ergriffen und verhaftet.

Eine internationale Motorwagen-Ausstellung findet im Exerzierhaus, Karlstraße 12, in der Zeit vom 8. bis 28. September d. J. statt. Es wird eine sehr zahlreiche Beteiligung erwartet.

Feuerbericht. Freitagvormittag entstand Rügenstr. 21 in der Mauer eines Schächters ein Brand, der hauptsächlich Räucherwaren und Fett zerstörte. In der vorhergehenden Nacht erfolgten Alarmierungen nach Kochstraße 25 und Chausseestraße 68, doch war in beiden Fällen die Veranlassung eine geringfügige.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen aus der Umgegend Berlins werden dringend ersucht, alle Mitteilungen, die sich auf die Lokalliste beziehen, nicht an die Redaktion unseres Blattes, sondern an den Parteigenossen Karl Scholz, Berlin SO., Wrangelstr. 110 part., zu adressieren, der das Erforderliche veranlassen wird. Die Redaktion überweist alle Zuschriften, die ihr in Lokalanangelegenheiten zugehen, dem genannten Parteigenossen.

Eine Parteiverammlung für den Kreis Niederbarnim findet morgen, Sonntag, nachmittags 2 Uhr, bei Weigel in Rummelsburg, Türschmidstr. 20, statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist rege Beteiligung aus allen Orten des Kreises geboten.

Rixdorf. Morgen, Sonntag, soll ein Flugblatt verbreitet werden. Die Parteigenossen werden ersucht, morgens 7 Uhr auf den bekannten Stellen pünktlich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Die bei der Stadgemelnde Rixdorf beschäftigten Militär-anwärter hatten beim Landratsamt darüber Beschwerde geführt, daß sie gegenüber den Zivilvätern zurückgesetzt würden, worauf der Landrat angeordnet hatte, daß die Hälfte der Sekretärstellen mit Militäranwärtern zu besetzen sei. Die Gemeindeverwaltung rief gegen diese Anordnung die Entscheidung des Regierungspräsidenten an, der die landrätliche Verfügung aufhob, da es der Gemeinde überlassen bleiben müsse, sich die Beamten, die zu Sekretären ernannt werden sollen, selbst auszuwählen ohne Rücksicht darauf, ob es Militärs oder Zivilanwärter seien. Auf erhobenen Einspruch hat der Oberpräsident in gleichem Sinne wie der Regierungspräsident entschieden und nur angeordnet, daß Nachwähler und Schlichterstellen ausschließlich mit Militäranwärtern zu besetzen seien.

Schöneberg. Die sofortige Einführung des Arbeitsnachweises verlangt nunmehr der Magistrat von den Stadtverordneten. In der denselben soden zugegangenen Vorlage erklärt er, daß nuncmehr von der Erhebung von Gebühren für die Arbeitsvermittlung Abstand genommen wird. Aus Zweckmäßigkeitsgründen erachtet der Magistrat es ferner für angezeigt, die Wahrnehmung der Vermittlungsgeschäfte für weibliche Personen gegen eine zu zahlende Entschädigung von 800 M. einer weiblichen Person zu übertragen. Gleichzeitig werden die Stadtverordneten ersucht, die Wahl der Mitglieder der Deputation für den städtischen Arbeitsnachweis vorzunehmen.

In Bezug auf die Errichtung einer Haltestelle in der Eisenacherstraße, die seitens der Schöneberger Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung abgelehnt wurde, hat der Magistrat unter Aufrechterhaltung seines Beschlusses der Versammlung folgenden Antrag unterbreitet: 1. Die Linie Einautaplay — Mansteinstraße soll bis zur Eisenacherstraße verlängert werden und zwar spätestens bis zum 1. September 1899; 2. die Linie Treptow — Großgörschenstraße ist bis zum Militärbahnhof zu verlängern und zwar bis zum 1. April 1900 mit der Maßgabe, daß ein Sechsminuten-Verkehr eingeführt wird; 3. bezüglich der Linie Alexanderplatz — Bahnhof — Ebersstraße soll ein Fünfminuten-Verkehr eingeführt werden mit der Maßgabe, daß jeder zweite Wagen nach Steglitz durchgeführt wird.

Man schreibt uns aus Schöneberg: Von einem wahren Steigerungsfieber scheinen die Hausbesitzer der westlichen Vororte befallen zu sein. Während noch vor wenigen Jahren der Berliner Arbeiter es vorzog, in Anbetracht seiner täglichen Einkünfte seinen Haushalt in einen an Berlin grenzenden Vorort zu verlegen, kam nun jetzt fast von einer Wandwanderung nach Berlin reden. In Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf steigen die Preise der kleinen Wohnungen ins Unerwähnlische. Noch vor drei Jahren war es möglich, in der Straßennähe dem Bahnhof Ebersstraße eine Wohnung von 3 Zimmern nebst Zubehör für 450 M. zu erhalten. Heute kostet eine derartige Wohnung 700—750 M. Derselben Klagen werden in Wilmersdorf und Friedenau laut, und der jetzt bevorstehende Mietungstermin dürfte noch manche Ueberraschung bringen. Den Arbeiterfamilien wird es dadurch immer schwerer gemacht, eine Wohnung allein zu bewohnen; man ist gezwungen, an Schlafburgen etc. zu vermieten.

Beim Gewerbegericht in Charlottenburg ist nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1898/99 eine Abnahme der anhängig gemachten Klagen um 76 oder 12 Proz. gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Klagen betrug einschließlich der 10 aus dem Vorjahre unbeschädigt übernommenen 549 gegen 629 im Vorjahre. Die geringere Inanspruchnahme des Gewerbegerichts wird hauptsächlich auf die ansehnliche geringe Quantität der in Berichtsjahre zurückgeführten Klagen bei den sonstigen Gewerben eine wenn auch nur unerhebliche Zunahme der Klagen zu verzeichnen ist, so hat sich im Vergleich mit der Zahl der Klagen von 223 im Vorjahre auf 143 im Berichtsjahre vermindert, hat also um 80 oder um 36 Proz. abgenommen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Gewerbegerichts-Bezirks betrug die Zahl der Klagen: in Charlottenburg 0,40 Proz. gegen 0,45 Proz. im Vorjahre; in Berlin 0,72 Proz. gegen 0,74 im Vorjahre; in Spandau 0,24 Proz. gegen 0,23 Proz. im Vorjahre.

Die Gemeinden Deutsch-Wilmersdorf, Schmargendorf und Grunewald bilden vom 1. Juli d. J. ab jede für sich einen besonderen Amtsbezirk. Die beiden erstgenannten Gemeinden gehörten bisher zu einem gemeinsamen Amtsbezirk, die letztere zum Amtsbezirk Spandauer Forst.

Aus Reinickendorf wird uns berichtet: Vergewaltigt wurde hier die 19jährige S. aus der Handlauerstraße, als sie sich nachts 1 Uhr in der Provinzstraße auf dem Heimwege befand. Der Verbrechen ist man noch nicht habhaft geworden. — Die Probefahrt auf der neu erbauten Straßenbahnlinie Reinickendorf — Gesundbrunnen wird voraussichtlich Somabend stattfinden. Bis zur Einführung des elektrischen Betriebes, welcher innerhalb 6—8 Wochen fertiggestellt sein soll, wird die Strecke bis zum Gesundbrunnen mit Pferden betrieben und der Wagen daselbst dem nach dem Kreuzberg fahrenden Wagen angehängt werden. — Die Kanalisations-Kommission von Reinickendorf hat am Montag beschlossen, dem Ingenieur Nothe auch die Rohrleitungen zur Kanalisation zu einem entsprechenden Preise zu übertragen; ebenso hat sich Herr Nothe verpflichtet, mit einem Abgab von 8 Proz. die Ausführung des Baues zu übernehmen. Mit dem Bau der Kanalisation wird nach Eintreffen der Spundwände, welche in 14 Tagen fertiggestellt sind, begonnen werden.

Die neuen Werke der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske an der Untersee gegenüber Fürstendamm werden kommenden Herbst in Betrieb gesetzt; zunächst soll dorthin ein Teil des Charlottenburger Betriebes verlegt werden.

Friedrichshagen. Das vierzehnjährige Dienstmädchen Pauline S. ist am Mittwoch von der zweiten Strafkammer des Berliner

Landgerichts wegen schweren Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Mädchen hat trotz seiner Jugend keinen Dienstherrn, einen hiesigen Kaufmann fortgesetzt bestohlen. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme beziffert sich der gestohlene Geldbetrag auf mindestens 100 M.

Versammlungen.

Die Maurer der centralen Richtung hielten am Donnerstag eine außerordentliche Versammlung bei Koster, Noppenstraße, ab. Der Referent Silbermann führte aus, daß auf Grund der Abmachungen mit den Unternehmern es notwendig ist, daß alle vorkommenden Differenzen auf den Ausschüssen der betreffenden Kommission gemeldet werden, die dann mit dem in Betracht kommenden Unternehmer in Verhandlung tritt, um eine Beilegung der Differenzen zu versuchen. Wenn die Verhandlungen zu keinem Erfolge führen, so hat die Schlichter-Kommission in Funktion zu treten, um die Streitigkeiten zu schlichten, beziehungsweise für die Abklärung der gerügten Mängel Sorge zu tragen. Mit den Unternehmern haben nach den Verhandlungen vor dem Einigungsamt wiederholt Sitzungen stattgefunden, in denen bereits verschiedene Details bezüglich der Arbeitsverhältnisse erörtert wurden. Die Arbeitsbedingungen sollen in Zukunft auf jeder Baustelle durch Aufschlag neben den Korridoren der Berufsgenossenschaft bekannt gegeben werden und für die einseitige Durchführung hat die Kommission zu sorgen. Die Recordarbeit, gegen welche die Maurer bisher fortwährend gekämpft haben, dürfte infolge der Abmachungen in kurzer Zeit gänzlich beseitigt sein, da auch die Unternehmer sich gegen dieselbe ausgesprochen, nachdem sie einsehen, daß ihnen durch das Recordsystem keine Vorteile erwachsen. Neben der Anerkennung der Organisation und der Festlegung eines bestimmten Lohnes, sind noch eine Reihe von Bestimmungen in dem Einigungsvertrag enthalten, die recht günstig für die Maurer lauten, so daß sie durchaus nicht schlecht bei dem Friedensschluß abgeschnitten haben und mit dem Erfolge des beendeten Kampfes zufrieden sein können. Diese Errungenschaften sind um so höher anzuschlagen, als sie auch den übrigen Bauarbeitern zu gute kommen, da auch mit den Putzern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern feste Vereinbarungen getroffen werden sollen. Nachdem Silbermann die Vorgänge in der letzten Zeit eingehend erörtert hatte, plaidierte er für den festen Zusammenhalt in der Organisation, um den Wünschen der Maurer dadurch den notwendigen Nachdruck zu verleihen und damit auf dem betretenen Wege auch in Zukunft gute Erfolge erzielt werden können. In der Diskussion, an der sich zahlreiche Redner beteiligten, wurden die Einigungsbedingungen im allgemeinen gutgeheißen und nur gegen einzelne Bestimmungen polemisiert, von denen angenommen wurde, daß sie den Unternehmern einen zu weiten Spielraum lassen. Auch gegen das Verhalten der Lohnkommission sind einzelne Einwendungen gemacht worden. In der hierauf folgenden Wahl zur Schlichter-Kommission wurden einstimmig die bisherigen Lohnkommissions-Mitglieder E. Bauer und W. Schulz gewählt. Außerdem wurde Silbermann von der Versammlung einbezüglich dazu bestimmt, den Verbandsvorstand Wilmelburg bei Verhandlungsfällen in der Kommission zu vertreten. Die Mitglieder der Schlichter-Kommission haben auch die Geschäfte der bisherigen Lohnkommission zu erledigen. Der wöchentliche Vortrag zum Streitlohn wurde gegen eine große Minorität auf 25 Pf. festgesetzt. Mit der Abstempelung der Streikarten soll am Montag begonnen werden. Beschlossen wurde noch, daß diejenigen, die durch die Aussperrung noch arbeitslos sind, die übliche Unterstützung erhalten sollen.

Die Maurer der lokalen Richtung hielten am Donnerstag bei Stecher in der Andreassstraße eine Versammlung ab mit dem Thema: Unsere Aufgaben gegenüber dem Einigungsvertrage. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Referent Kater sagte unter anderem: Es sei noch nie vorgelommen, daß ein Streik, wie er auch ausgegangen sein möge, alle Beteiligten befreit habe. Wenn eine neue Einrichtung geschaffen worden ist, so werde es stets Leute geben, die sich mit derselben nicht abfinden mögen. So gelte es auch dem Berliner Maurer hinsichtlich des Einigungsvertrages. Von den organisierten Maurern müsse man erwarten, daß sie mit den gegebenen Verhältnissen rechnen und sich mit denselben einzurichten verstehen. Wenn Frieden im Baugewerbe eintreten solle, dann müßten die Friedensbedingungen aus von beiden Seiten gehalten werden. — Besonderen Wert legte der Redner auf die Schaffung der paritätischen Kommission, und auf den Umstand, daß die Mitglieder derselben das Recht haben, die Bauten ungehindert zu betreten und zu kontrollieren. Es komme nun darauf an, daß die Kollegen scharfe und bewährte Vertreter ihrer Interessen in diese Kommission wählen, dann werde es auch gelingen, nicht nur die gegenwärtigen Einigungsbedingungen zur Durchführung zu bringen, sondern auch noch weitere Konzessionen zu erlangen, z. B. hinsichtlich des Arbeitsnachweises. Darüber könne kein Zweifel sein, daß, wenn überhaupt ein Arbeitsnachweis für das Baugewerbe bestehen soll, derselbe nur ein von Unternehmern gemeinsam mit den Arbeitern verwaltet sein dürfe. — Der Redner empfahl folgende von der Lohnkommission verfaßte Resolution:

Die Versammlung beschließt: 1. In Erwägung, daß am 27. Juni die Arbeit auf fast sämtlichen Bauten wieder aufgenommen wurde und die Kollegen ziemlich alle wieder beschäftigt sind; in weiterer Erwägung, daß ein großer Teil der Kollegen den Vergleichsbedingungen zwischen Gesellen und Unternehmern noch ablehnend gegenübersteht, es aber im Interesse jedes einzelnen Kollegen liegt, durch sein Verhalten nicht die Gesamtinteressen der Berliner Kollegschaft zu schädigen, oder durch Willen und eigenwillige Gegenagitatio die soeben von den Unternehmern anerkannte Berliner Maurerorganisation zu gefährden, stehen die anwesenden Kollegen auf dem Standpunkt, nach wie vor für den Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und der Umgegend zu agitieren, denn nur in einer starken, alle Berufs Kollegen umfassenden ertlichen Organisation sieht die Versammlung die Gewähr zur vollständigen Durchführung und Aufrechterhaltung der Vergleichsbedingungen.

2. Diejenigen Kollegen, welche bis jetzt noch keine Arbeit gefunden haben, erhalten, wenn sie sich täglich einmal zur Kontrolle melden, die bisher gezahlte Streikunterstützung noch für diese Woche am Sonntag, den 1. Juli, ansbezahlt. Die Fiskalen sind aufgehoben, Meldungen werden von Grenadierstraße 33 entgegengenommen.

3. Da es aber auch in der Zukunft nötig ist, durch festes Zusammenhalten und fleißiges Sammeln zum Streik- und Agitationsfonds dem Unternehmertum Respekt abzugewinnen, so beschließt die Versammlung ferner: Der Beitrag zum Streik- und Agitationsfonds beträgt einschließlich dieser Woche vom 1. Juli an für mehr als drei Tage 50 Pf., bis zu drei Tagen 25 Pf. pro Woche. Die Arbeitslosen haben sich behufs Eintragung in die Statistik in den letzten drei Tagen jeder Woche zur Kontrolle zu melden.

4. Die Abstempelung der Streik- und Sammellisten beginnt am Montag, den 3. Juli.

5. Die Versammlung wählt in die auf Grund von Punkt 3 des Vergleichs einzusetzende Kommission 4 Kollegen als Mitglieder und 4 Ersatzmitglieder. Derselben haben die Pflicht, nicht nur die Kollegen in der Kommission zu vertreten, sondern auch über das Wohl und Wehe der Berliner Kollegen nach innen und außen zu wachen. Es entspann sich eine längere, lebhaftere Diskussion. Mehrere Redner erklärten sich mit verschiedenen Punkten der Einigungsbedingungen nicht einverstanden. Sie mochten ihren Vertretern beim Einigungsamt vorwärfe, daß sie die Bedingungen ohne weiteres angenommen hätten, ohne erst die Zustimmung einer Versammlung einzuholen. Der „Einigungsrummel“ sei ein Schachergeschäft, bei welchem die Arbeiter den kürzeren ziehen würden, denn den Verprechungen der Unternehmer dürfe man nicht trauen. Ferner wurde bemängelt, daß der Vorsitzende des Centralverbandes Sitz und Stimme in der Kommission habe. Da auch der gleichfalls der Kom-

miffion angehörende Vertreter der Gewerkschaftskommission Centralist sei, so habe diese Richtung die Mehrheit in der Kommission, Kommission, und dadurch werde die lokale Richtung beeinträchtigt. Regle und noch ein anderer Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß es das Beste sei, wenn man sich in die durch die Einigung geschaffenen Verhältnisse fuge. Veierdorff bemerkte unter lebhafter Zustimmung der Versammlung: Der „Vorwärts“ habe geschrieben, in der Sonntagversammlung bei Heller seien nur Redner der lokalen Richtung gegen die Einigungsbedingungen aufgetreten. Diese Darstellung — meint der Redner — sei eine sehr einseitige und entspreche nicht den Thatsachen, denn es wären auch Centralisten gegen den Einigungsvertrag gewesen. Die Schreibweise des „Vorwärts“ habe unter den Mannein, und zwar nicht nur bei den Lokalisten, lebhaften Unwillen erregt. Von einem Arbeiterblatt müsse man strengste Unparteilichkeit in solchen Dingen erwarten.

Die vom Referenten vorgelegte Resolution wurde Punkt für Punkt diskutiert und gegen eine starke Minorität angenommen. In die Kommission wurden Knüppchen, Herrforth, Reyle, Kater als Mitglieder, Schulz, Seehin, Zoel, Klier als Vorgesandener gewählt.

Nixdorf. Das Verhalten des Steinseifers Otto in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte am Mittwochabend eine allgemeine Gewerkschafts-Versammlung, die im „Apollo-Theater“ abgehalten wurde. Der Stadtverordnete Jäger legte zunächst den Sachverhalt dar. Besonders komme es auf die Krügerung des Herrn Otto an, daß Steinseifer, die natürlich alle Socialdemokraten wären, ihm während des Streiks hätten helfen wollen, wenn er ihnen eine falsche Urkunde besorge, wonach die Stadtgemeinde die Arbeit in eigener Regie durch sie ausführen lasse. Otto habe damit die Ehre der Partei angegriffen und müsse verurteilt werden, Namen zu nennen und den Beweis für seine Behauptungen anzutreten. Stadtverordneter Conrad ging dann mit Otto scharf ins Gericht. Dieser Vertreter des Bürgertums in der Stadtverordneten-Versammlung sei in jener Sitzung der öffentlichen Körperschaft in einer so provozierenden Weise aufgetreten, daß seine Bildung in einem sehr bedauerlichen Lichte erscheine. Schon in der Stadtverordneten-Versammlung sei ihm von socialdemokratischer Seite die gebührende Antwort geworden, in dessen es müsse auch die Arbeiterschaft als solche gegen die Anschuldigungen energig Stellung nehmen. Die Bildung des Mannes werde dadurch gekennzeichnet, daß er in der Stadtverordneten-Versammlung selbst mitgestimmt habe, als es sich darum handelte, den seine Arbeiten in der Pflanzstraße betreffenden socialdemokratischen Antrag für erledigt zu erklären. — Es ergriff nunmehr Genosse Knoll als Vertreter der Steinseifer-Gesellschaft das Wort. Er wolle nicht gerade sagen, daß Herr Otto anderen etwas unter-schieben wolle, was er selbst beabsichtigt habe, aber nahe daran gewesen sein. Als Unternehmer der Pflanzarbeiten in der Pflanzstraße sei er auf Anregung der socialdemokratischen Stadtverordneten von der Polizei und der Verwaltung gedrängt worden, die in der Straße herumliegenden Steine wegzuräumen oder die Arbeiten fortzusetzen. Um nun nicht als Innungsmeister offiziell die Forderungen der Gesellen bewilligen zu müssen, habe Otto versucht, sich durch Benutzung des Charlottenburger Meisters Pennick zu helfen, eines Unternehmers, der bei seinen Kollegen etwa in dem Maße stehe, wie die Arbeitswilligen bei den gleichartigen Arbeitern. Und diesem Pennick hätten die vom Arbeitsnachweis der Gesellen entnommenen Steinseifer es nicht geglaubt, daß er seinen

Auftrag direkt von der Stadt habe, und nur um sich Gewissheit zu verschaffen, hätten sie von ihm, nicht von Otto, eine jedes Mißtrauen ausschließende Bescheinigung verlangt. Von einer Regie-Arbeit habe man zu ihm überhaupt nicht gesprochen, die natürlich schon im „Vorwärts“ erlassene Erklärung sei insofern wegen eines Irrtums nicht ganz richtig. Es wären vielmehr Nixdorff's Kollegen gewesen, die unter sich davon gesprochen hätten, daß die Stadt ihnen ja die Arbeit in Regie übergeben könnte, wenn Otto nicht bewillige. Somit seien die Behauptungen des Herrn Otto in sich zusammen. Die Einigung der Nixdorff's Genossen sei verständlich und auch berechtigt, der Krügerung des Herrn Otto werde aber doch wohl eine zu große Bedeutung beigelegt. Es sei zu bedenken, daß Otto allgemein als kein hervorragend geistiges Licht gelte und wegen der Art seines Umganges mit Menschen sich bei den Steinseigern einen netten Beinamen erworben habe. — Einer der von der Aktion Otto-Pennick verführten Steinseifer bestritt die Ausführungen Knoll's. Nachdem noch Klein, Kierich, Conrad und Ostermann zu der Sache gesprochen hätten, wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt die Anschuldigungen des Herrn Otto für auf Unwahrheit beruhend und bleibt bis er dem Urteil so lange, bis er das Gegenteil beweisen hat. Vor allem hat er Namen zu nennen.“ Nach einer Reihe von Mitteilungen wurde die Versammlung geschlossen.

Reinickendorf. Eine öffentliche Versammlung für Reinickendorf und Zehlendorf am Sonntag, den 25. Juni, im Broden, in welcher Frau Jäger einen Vortrag über die Fuchthausvorlage hielt. Der Vortrag fand allgemeines Interesse und wurde eine energische Protestresolution einstimmig angenommen.

Socialdemokratischer Agitationsverein für Straßburg-Franzburg. Samstag, vormittags 10 Uhr, bei Wölffels, Jägerstraße 35/36: Sitzung.

Freireligiöse Gemeinde. Vom Sonntag, den 2. Juli, ab finden unsere Versammlungen im oberen Saal des Englischen Gartens, Alexanderstr. 27c statt. — Um 8 1/2 Uhr vormittags: Freireligiöse Versammlung. Um 10 1/2 Uhr vormittags: Vortrag des Herrn G. Vogthers: „Wesen und Wirkung des Staatskathentums.“ Gäste willkommen.

Arbeiter-Verein der Klempner und Metallarbeiter. Heute abend 8 1/2 Uhr Frankfurter Allee 49.

Bergbau-Verein für Sicherheit I. Heute abend 9 Uhr Generalversammlung Schönhauser Allee 65.

Vermischtes.

Blutschlag in eine Kirche. Aus Ostrowo wird berichtet: In der dichtgefüllten Kirche des polnischen Grenzortes Stoziegutski fuhr ein einschlagender Blitz das Chor entlang und tötete drei Personen und verletzte sieben schwer. Durch die Umficht des Geistlichen wurde eine Panik verurteilt.

Ein Luftschiffer geriet in Landeshut in Zahlungsschwierigkeiten, wesshalb ihm sein Luftballon gepfändet wurde. Bei der geringen Zahl der Steigerungslustigen ging nur das Luftschiff, das ursprünglich 2400 M. gelostet, um 3 M. an zwei Steigerer über.

Die Gesamtzahl der Beferkranzungen in Alexandrien beträgt bis jetzt 47, von denen 18 tödlich verliefen; 15 Personen wurden als geheilt entlassen. Während der letzten acht Tage sind zehn neue Beferkranzungen vorgekommen, von denen drei tödlich verliefen; drei Personen wurden als geheilt entlassen. In Ägypten sind sonst keine Beferkranzungen vorgekommen.

Wetter-Propaganda für Sonnabend, den 1. Juli 1899. Ein wenig kühler, zeitweise auffrischender, vorwiegend trüb mit leichten Regenschauern und schwachen westlichen Winden.

Marktpreise von Berlin am 29. Juni 1899
nach Ermittlungen des lgl. Volksgeldbüros.

*) Weizen D. Gr.	18,10	14,90	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10	
*) Roggen	15,30	13,70	Rindfleisch	1,60	1,10	
*) Futter-Weizen	13,30	12,80	Dammelfleisch	1,60	1,10	
*) Hafer gut	16,00	15,10	Butter	2,40	1,80	
*) mittel	15,00	14,50	Öl	3,60	2,20	
*) gering	14,40	14,00	Karfen	1,80	1,20	
*) Weizenstroh	4,18	3,78	Kaie	2,80	1,20	
*) Heu	6,00	4,00	Rander	2,60	1,20	
*) Gerste	40,00	25,00	Rechte	2,00	1,20	
*) Weizenbohnen	50,00	25,00	Fische	1,60	0,80	
*) Erbsen	70,00	30,00	Schleie	2,60	1,20	
*) Kartoffeln, neue	6,00	4,60	Werte	1,20	0,80	
*) Rindfleisch, Rente 1 kg	1,00	1,20	Kreide	per Schod	14,00	8,00
*) Schweinefleisch	1,20	1,00				

*) Bräutlein pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Volksgeldbüros für den Doppel-Centner.

*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 30. Juni. Für reichlich offeriertes Brot getreide waren Abnehmer nicht vorhanden, und die Umsätze blieben daher geringfügig. Weizen und Roggen waren je 1 M. billiger zu haben. Die ersten Proben amerikanischer Weizens, welche gekorn vorliegen, weisen vorzügliche Qualität auf, Hafer war im Preise wenig verändert, Rüböl weiter nachgebend. Der Spiritusmarkt war außerordentlich still. Voco 70er ließen sich auf 41,50 Brief, 41,30 Geld; ein Abwärts kam jedoch nicht zuhande. Termine waren im Preise nominal unverändert. Die heutige Schätzung der höchsten Speichelschätze lautete auf 13 Millionen Mark gegen 13 Millionen ultimo Mai d. J. und 6 1/2 Millionen am 30. Juni 1898. — Kartoffelabfuhr. Berlin, 30. Juni. Feuchte Kartoffelabfuhr per 100 kg. Brutto incl. Sack — M. Prima trockene Kartoffelabfuhr per 100 kg. Brutto incl. Sack und Wehl 19,75 M., Supra trockene Kartoffelabfuhr — M., do. Secunda 00,00—00,00 M., Prima Kartoffelabfuhr per 100 kg. Brutto 19,75 M., do. Supra 00,00 M., do. Secunda 00,00—00,00 M. — Bier-Vericht vom 30. Juni. Normale Bier je nach Qualität von 2,25—2,75 M. pro Schod. Abgestimmte Reine Ware je nach Qualität 2,25 bis 2,30 M. pro Schod. Raffiner je nach Qualität von —, — M. Tendenz: fest.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten. Zeitschriften. Ihr Verleger hat dem doch zu arg. Ein alter Abonnent. Schreiben Sie sich brieflich an die Poligredirektion in Hildesheim.

C. S. 15. Abonnieren Sie auf den „Punch“. Den Preis kennen wir nicht, er ist aber nicht hoch.

Fr. Ludwig, Bienenstr. 21. Konsumverein Berlin-Nixdorf.

C. S. 1. Die Besichtigung der Wohnung muß so gestaltet werden, wie es im Vertrag vereinbart ist. Es nichts vereinbart, so muß zur ordentlichen Zeit die Wohnung gezeigt werden. Als ordentlich wird hier die Zeit von 9 bis 6 crachtet. — P. S., Bergstr. 1. Ja! 2. Bei dem Gericht, wo der letzte Wohnort des Verstorbenen in Deutschland war. — P. S. 70. 1. Ja. 2. Nein. 3. Nein. — Kauf. 1. Rein. 2. So viel und bekannt ist, nein. — P. S. 75. Die Statuten der Kaffe sind unbedeutend; wir können Ihnen deshalb keine Auskunft über die Frage, ob der Beitritt zur Kaffe von Nutzen ist, nicht erteilen.

C. P. Er hat Anspruch auf beide Renten, erhält aber auch die für ihn höherer ausgezahlt. Beträgt die Altersrente 150, die Invaliditätsrente 150, so erhält er also nur 150 M. ausgezahlt. — M. S. 11. Die Transiposten haben Sie nicht zu zahlen. Um Abfragen war der Gerichtsvollzieher berechtigt und auf Befragen seines Auftrages verpflichtet, so vorzugehen, wie er es that. Wollen Sie künftige Scherereien vermeiden, so bleibt nur der Weg der Klage übrig. Einfach ist es und ehrenvoller G. S. 1000. Nein. — V. 28. Sie können auf Vierung der Banknoten oder Zahlung (für den Fall der Nichtlieferung) klagen. Die Auslagen an Porto usw. können Sie nicht mit Erfolg einlangen.

Achtung! MAURER. Achtung!
Sonntag, den 2. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Hoffmann, Alexanderstr. 27c:
Versammlung
des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und der Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Georg Wagner über: Unternehmer-Berände und Arbeiterorganisation.
2. Diskussion. 3. Vereindangelegenheiten.
Der Vorstand. J. K. G. Herrforth.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „BERLIN“
Morgen 9 Uhr: Weddingplatz, nach Kremmen.
Donnerstag:
Versammlung I.
Andreasstraße 26.
NB. Heute: Alte Traverne Stralau, Klubverein: Stiftungsfest. [12/2]

Genossinnen und Genossen des Kreises Nieder-Barnim.
Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Saale des Herrn Weigel, Rummelsburg, Türschmidtstraße 45, Ecke Gosthestraße:
Öffentl. Partei-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen über: „Richtsch. Mittel. Taktik.“ 2. Diskussion. 3. Beratung und Beschlußfassung eines Organisations-Statuts für den Kreis Nieder-Barnim.
Eintre 10 Pf. [22/2] Der Vertrauensmann.

Achtung, Banarbeiter!
Auf Grund der Anbahnung der Einigungsversuche beim Einigungsamt machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß unter keinen Umständen am Montag die Arbeit eingestellt werden darf, sondern vorläufig alle weiteren Beschlüsse abzuwarten sind. [30/18] Die Lohnkommission.

Verband der Möbelpolierer
Montag, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Hermannstr. 197:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Aufhebung des Apollitionsrechts.“ Referent: Genosse Faber-Röppel. 2. Diskussion. 3. Berichtendes. Bülletts zu der vorigen stattfindenden Dampferpartie sind nur noch bei H. Schulz, Wilmersdorferstr. 10a, zu haben. Jeden ersten Mittwoch im Monat bei Urban, Friedrichsbergstr. 11: Sitzung der Vertrauensmänner aus den Werkstätten. Die Generalversammlung findet am 10. Juli statt. Die Mitglieder werden ersucht, in der östlichen Versammlung, welche nächste Woche stattfindet, zahlreich zu erscheinen.
146/15 Der Vorstand.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein Saal, Alte Jakobstraße 75:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Das Ergebnis des Tuberkulose-Kongresses.“ 2. Abrechnung vom Stiftungsfest und vom Pfingstfest. 3. Verhandlungen über den Bericht des Vorstandes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung. Bülletts zur „Kunstausstellung der Secession“ in Charlottenburg sind von heute ab zu dem ermäßigten Preise von 35 Pf. in unserem Bureau zu haben.

Schmiede!
Sonnabend, den 1. Juli, abds. 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Faber über: Das neue Innungs-Gesetz. 2. Stellungnahme der Meister-Gesellen zu der am 15. August ins Leben tretenden Zwangs-Innung. 3. Berichtendes. [176/4]

Morgen Sonntag, den 2. Juli, vormittags 10 Uhr:
Bezirks-Versammlung für den Norden
in n Verolms-Gehäfen, Schönhauser Allee 28.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Kollegen Brückner über: „Arbeiter im Klassenkampf.“ 2. Berichtendes.
Alle im Norden und Nordosten wohnenden Kollegen und Kolleginnen, speziell alle Leder-Galanterie-Arbeiter, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Montag, den 17. Juli 1899, in der Neuen Welt, Gasstraße 108—114:
Großes Sommerfest
zur Feier des guten Montags.
Garten-Konzert, Feuerwerk, Specialitäten ersten Ranges.
Theater-Vorstellung für Kinder.
Von 5 Uhr an im Bal champêtre: **Grosser Ball.**
Eintreitt in den Saal für Herren 30 Pf., für Damen 10 Pf.
Großer Pokelzug. — Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. Büllet 20 Pf., an der Kaffe 25 Pf. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Büllet sind bei den Vertrauenspersonen, in sämtlichen Pokelstellen, sowie im Bureau zu haben.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Sonntag, den 2. Juli, auf „Bismarckshöhe“:
Großes Sommerfest
verbunden mit Pokal- und Instrumentalkonzert, 267/19
Theateraufführung, lebenden Bildern u. sonstigen Aufführungen, veranstaltet vom „Freien Verein für Naturheilkunde und Gesundheitspflege“.
Große Abschiedsfeier und letztes Vergnügen auf „Bismarckshöhe“, wozu alle Freunde einladet
Hermann Weratke.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Loloigerstr. 22. Sprechst. 9-7

Seefische
sind das beste und billigste Volksnahrungsmittel, ersetzen das Fleisch vollständig und sind überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

Riesige tägliche Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns, von täglich frischer Zufuhr in Kühlwaggons

Schellfische	in allen Größen per Pfund	12-15 Pfg.	im Ausschnitt	20 Pfg.
Gablau	zum Kochen wie zum Braten	15 Pfg.	im Ausschnitt	17 Pfg. pro Pfd.
Seelachs	do.	25	do.	30-33
Seehecht	do.	25	do.	45
Seezungen	in allen Größen	50-70		
Steinbutten	in allen Größen	60-75		
Heilbutten	in Exemplaren von 5-200 Pfd.	40-45		
do.	im Ausschnitt	50-60		
(Grätenlos im Fleisch und vorzüglich im Geschmack, zum Kochen wie zum Braten sehr geeignet.)				
Goldbars	(feiner als Zander)	25 Pfg.	pro Pfd.	
Austernfisch	sehr fein, 25 Pfg.	im Ausschnitt	35-40	
Knurrhahn (Seeforelle)			20-25	
Rotzungen	bester Ersatz für Seezungen		25-30	
Schollen (Goldbutten)	sehr fein		25-30	
Bratflundern (Maischollen)			15	

während dieser und der kommenden Woche in unseren Verkaufsstellen abzugeben.

Geräucherte Schellfische 25—30 Pf., Roche, bester Ersatz für Stör, 50—60 Pf., Seelachs 40 bis 50 Pf., Flundern 60 Pf., Petermännchen und Knurrhahn, sehr fein, 60 Pf. per Pfund.

Marinaden: Delikatess-Fischkotelettes
— gebraten und mariniert — in Blechdosen v. 17 Pfd. Mk. 3,75, von 8-Pfd.-Dosen 2,20 Mk., von 4 Pfd. 1,40 Mk. ausgewogen pro Pfund 40 Pfg., **Delikatess-Bratschellfisch** (wie vor) 17-Pfd.-Dose 3,75 M., 8-Pfd.-Dose 2,20 M., 4 Pfd.-Dose 1,50 M. Stück 10 Pf. Bratknurrhahn 8 Pfd.-Dose 3,50 Mk., Seaal in Aspik 8 Pfd.-Dose 3,75 Mk.

Neu! Fischsälze 8-Pfd.-Dose 3,25 Mk. und Neu! 60 Pf. pro Pfd.

Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“.

Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9—10.	No. IV. Im Schlesischen Bahnhof, Madistr. 22.
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11, am Wilhelmplatz.	No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorferstrasse.
No. III. Berlin NW., Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnhof 388/9 (Centralagerei).	No. VI. Frinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

Seefisch-Kochbücher erhalten Käufer umsonst.
Vertreter für Berlin: Johs. Skorzysk.

Litterarische Rundschau.

Eine neue Weltgeschichte.

Weltgeschichte. Unter Mitarbeit von Georg Adler, Karl Arendt, Karl Georg Brandis, Westhold Bretholt, Konrad Häbler, Eduard Hehl, Julius Jung, Clemens Klein, Arthur Kleinwächter, Josef Kohler, Felix von Luschan, Richard Mahrenholz, Richard Mann, Wladimir Wilkowitz, Karl Pauli, Johannes Ranke, Friedrich Nagel und anderen herausgegeben von Hans F. Helmolt. Die Vorgegeschichte. — Amerika. — Der Stille Ocean. Leipzig und Wien 1899, Bibliographisches Institut X und 680 S. Gr. 8°.

Mit der wachsenden Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte, der Sociologie und Ethnologie in den letzten Jahrzehnten hat sich der Maßstab für die weltgeschichtlichen Verhältnisse wesentlich geändert. Die ältere Art der Weltgeschichtsschreibung, die sich in der Hauptsache auf die Schilderung politischer und kriegerischer Ereignisse beschränkte, genügt den Ansprüchen nicht mehr, die man an eine „Geschichte der Welt“ stellt. Entgegen der früheren Auffassung ist man heute mehr und mehr dahin gelangt, in diesen Ereignissen gewissermaßen nur die in politischen Emotionen sich äußernden Lebenszeichen der breit dahin flutenden sozialen Entwicklung zu sehen; und damit wird die Erforschung dieser Entwicklung, ihrer Zusammenhänge und Bedingungen zur eigentlichen Aufgabe der Geschichte. Die Weltgeschichte soll nicht mehr nur eine Darstellung der Auseinanderfolge politischer Begebenheiten, sondern eine allgemeine Entwicklung der Menschheit sein, in der das politische Leben nur als ein bedingter Teil des gesellschaftlichen Gesamtlebens erscheint.

Aber mit der Erkenntnis der Unzulänglichkeit der bisherigen Weltgeschichtsschreibung sind noch nicht die Wege und Mittel zur Erreichung des Zieltes gegeben, das in weiter Ferne sich zeigt. Selbst wenn das Ziel im ganzen richtig erkannt wird, bleibt die Frage offen, wie man am besten zu ihm gelangt; eine Thatsache, die in dem heutigen Streit und die Geschichtsauffassungen und die bei der Untersuchung zu befolgenden Methoden deutlich genug hervortritt. Und hat wirklich eine Orientierung über den einzuschlagenden Weg stattgefunden, so kommt es noch immer darauf an, ob die Vorkämpfer auch bei den vielen Irrwegen, die sich zu beiden Seiten von ihm abzweigen, seine Richtung einzuhalten wissen. Wollen und Vollbringen sind zweierlei.

Das letztere läßt sich mit vollster Berechtigung auch von dem vorliegenden Buch sagen, das in seinen theoretischen Ausführungen über das Ziel und die Grundbegriffe der Weltgeschichte manche guten einzelnen Ansätze enthält, in dessen eigentlicher Geschichtsdarstellung aber diese meist kaum zur Verwertung gelangen. In der vom Herausgeber, Dr. Hans F. Helmolt, selbst geschriebenen programmatischen Einleitung über den „Begriff Weltgeschichte“ erkennt dieser z. B. ganz richtig an, daß eine heutige Weltgeschichte nicht mehr an der Ethnologie vorübergehen darf, denn die Ethnologie (dabei von der Geschichtswissenschaft abzugrenzen, sie von der Geschichtsschreibung auszufällen, ist ein müßiges Unterfangen). (S. 4.) Aber schon die folgende nähere Begründung dieses Satzes zeigt, wie wenig doch der Autor den Begriff der Weltgeschichte als allgemeiner Menschheits-Entwicklungs- und Kulturgeschichte in allen seinen Teilen erfasst hat. Denn nicht darum handelt es sich, wie Helmolt meint, in erster Reihe, daß das Aussehen historischer Ueberlieferung sein sicheres Kennzeichen für den Augenblick bietet, wo ein Volk „historisch“ wird, auch nicht darum, daß die Erkenntnis der weltgeschichtlichen Zusammenhänge nur aus dem Verdegang aller Völker geschöpft werden kann, sondern weil vom entwicklungs- und geschichtlichen Standpunkt aus die Institutionen und Einrichtungen, mit denen ein Volk in die Geschichte eintritt und welche die Basis seiner weiteren geschichtlichen Entwicklung bilden, selbst nur ein historisches Produkt, die Folge seines vorgegeschichtlichen Verdeganges sind, und ohne die Ethnologie der Charakter dieser Grundlage nicht erkannt werden kann. Allerdings findet auch Helmolt, daß zur Weltgeschichte alles Geschehene gehört, „soweit es zur Erkenntnis von später Gewordenem notwendig ist und als Glied in einer Kette von Ereignissen und Zuständen nicht entbehrt werden kann“. (S. 7.) Doch das „Geschehene“ ist für Helmolt hier nicht die soziale Entwicklung, sondern das politische Ereignis. Er motiviert dem auch weiterhin die Berechtigung seines vorstehenden Satzes mit der Beeinflussung, welche die Völker aufeinander ausgeübt haben. „Wo oberflächliche Betrachtung keinen Einfluß vermutet“, sagt er, „waren Anknüpfungen vorhanden, die aufgeführt und verfolgt werden müssen. Es giebt kein einziges Volk auf der Erde, das ungemischt wäre, das aus einer Rasse bestünde.“

Noch mehr zeigt sich jedoch das Stehenbleiben auf halbem Wege, das charakteristisch für die ganze theoretische Einführung Helmolt's ist, darin, daß er weiterhin jeden Maßstab für die Beurteilung des Entwicklungsstandes der Menschheit ablehnt und sich gegen Lamprechts Forderung ausspricht, die Geschichte nach „Kulturzeitaltern“ (andre sagen: Kulturstufen) einzuteilen. Hätte Helmolt nur gegen den öden Schematismus Front gemacht, den dieser derartige Einteilungen aufweisen, ließe sich dagegen kaum etwas einwenden. Thatsächlich sind geschichtliche Darstellungen, welche die vielgestaltige Kulturentwicklung nur nach der Art der Metallbearbeitung oder nach den bekannten drei Wirtschaftsstufen: Jagd, Viehzucht, Ackerbau, beurteilen, eine Absurdität. In letzterem Fall u. a. schon um deswillen, weil durchaus nicht die Viehzucht überall eine Vorstufe des Ackerbaus gewesen, vielmehr der Uebergang zum Anbau sehr häufig direkt von der Jägerstufe aus erfolgt ist. Und selbst die Ablehnung derartiger feinerer Einteilung, wie derjenigen Gustav Meynerts, Albert Hermann Post's oder Lewis Henry Morgans, läßt sich dem Herausgeber nicht verdenken. Wüssen doch nach Morgans Unterscheidungsmerkmale z. B. die Polynesianer unbedingt unter die Papuas und Melanesier gestellt werden. Aber alle diese und andere Einseitigkeiten bisheriger Einteilungsversuche beweisen nicht, daß nun die Geschichte als ein buntes regelloses Gewirre gelten muß, in dem überhaupt kein Fortschritt und keine Stufenfolge nachgewiesen werden kann. Sind die älteren Unterscheidungsmerkmale unzureichend, so folgt daraus nur, daß nach besseren Kriterien gesucht werden muß, die nicht die Fälle des geschichtlich Gewordenen unter einige Schlagwörter zwingen und dem Verschiedenen im Gleichartigen keinen Platz lassen. Gewissermaßen

schließt die Helmolt'sche Auffassung der Weltgeschichte als Entwicklungs- und Kulturgeschichte der Menschheit schon die Unterscheidung von Entwicklungsstufen ein; denn giebt es eine Entwicklung, d. h. eine kulturelle Fortbewegung der Menschheit nach irgend welcher Richtung, so müssen sich auch in dieser Bewegung eine Reihe aufeinanderfolgender Stufen feststellen lassen. Damit ist selbstverständlich noch nicht gesagt, daß die Entwicklung als eine überall genau parallel verlaufende zu gelten hat, und noch weniger, daß sie sich nach in ihr wirkenden immanenten Zweckgesetzen vollzieht, die zu einem von vornherein gegebenen sogenannten Zweckziel führen. Wie weit der Verlauf der historischen Entwicklung teleologischen Vorstellungen recht giebt, das ist eine besondere Frage für sich.

Der Einteilung nach Kulturstufen glaubt Helmolt deshalb eine Einteilung nach anthropogeographischen Gesichtspunkten vorziehen zu sollen. Wie er in Anlehnung an Friedrich Nagel darlegt, ist bisher der Einfluß des Bodens und das Leben der Völker viel zu gering eingeschätzt worden. Natur und Mensch, so fährt er aus, bedingen in ihrem Zusammenwirken die Geschichte. Nur aus den Eigenschaften des Bodens dürfe man Wege ableiten.

Gewiß ist der Einfluß des Bodens, unter dem hier nicht nur die Bodenbeschaffenheit, sondern auch Klima, Meeresnähe, geographische Raumverhältnisse, Flora und Fauna zu verstehen sind, auf die Kulturentwicklung oft zu gering bewertet worden; doch was Helmolt in dieser Hinsicht bietet, das ist nur die Ersetzung einer gewissen Einseitigkeit durch eine andere weit größere Einseitigkeit. Wie er selbst oben sagt, bedingt das Zusammenwirken von Mensch und Natur die Geschichte; ein Satz, dessen Gedanke sich vielleicht noch besser in die Worte fassen läßt: Die Entwicklung der Menschheit vollzieht sich in der Natur und mit Zulieferung ihrer Mittel. Aber die Rolle beider, der Natur und des Menschen, ist in dem „Zusammenwirken“ nicht gleichwertig. Die Natur ist das passive Element; sie bietet nur die Vorbedingungen und die Mittel zur Entwicklung. Ob diese Mittel benutzt, wie sie angewandt und welche Wirkung demnach mit ihnen erzielt wird, das hängt zumeist vom Menschen ab. Der Boden an und für sich übt gar keine Wirkung aus; er gewinnt solche erst in Verbindung mit einem bestimmten technischen Können des Menschen. Mag der Boden noch so fruchtbar, das Klima noch so günstig sein, es wird doch kein Landbau ansetzen, wenn der Mensch noch nicht die Bodenbearbeitung gelernt hat, und alle reiche Hüftengliederung erweckt keinen Handel, wenn der Mensch noch nicht den Vorkauf versteht und noch nicht dazu gelangt ist, Handelsobjekte herzustellen. Allerdings vermögen die Naturbedingungen den Menschen wohl unter Umständen zu Veränderungen seiner Lebensweise und seiner Technik zu drängen, aber selbst der Grad einer solchen Beeinflussung ist, wie das Nachfolgende der verschiedenen Völker zeigt, ein beschränkter, je nach dem Stande der Wirtschaftstechnik. In keinem einzigen Fall läßt sich auch nur mit annähernder Sicherheit sagen, das Vorhandensein einer bestimmten Naturumgebung würde nach dieser oder jener Richtung; derselbe Fluß, der auf ein primitives Volk vielleicht in der Richtung wirkt, daß dieses lange auf der Jägerstufe zurückbleibt, kann, wenn ein vorgeschritteneres, aber auch treibendes Volk sich an seinen Ufern niederläßt, mächtig dazu beitragen, daß in seinem Thal eine jener frühzeitigen Fluktationsstätten entsteht, wie sie einst das alte Aegypten, Indien, China und die nordöstliche Alt-Peru in Fülle aufwies. Schließt doch heute auf demselben Boden, auf dem einst Menschheit und Menschheit mächtige Kulturzentren zu schaffen suchte, der Komabe. Und wenn einerseits die Naturumgebung die Entwicklungsrichtung der Technik zu beeinflussen vermag, so andererseits nicht minder die Technik die Naturumgebung. Was ist z. B. nicht unter dem Einfluß der Technik aus den nordamerikanischen Urwäldern geworden.

Das geschieht auch Helmolt selbst mit den Worten zu: „... Der- selbe Boden wirkt verschieden je nach den Anlagen derer, die ihn bebauen, und verschieden auf denselben bebauer, je nach der von diesen erreichten Kulturhöhe. Nicht für alle Völker ist, nicht zu allen Zeiten war die Wüste ein den Fernverkehr förderndes Element. Kein Volk bleibt auf seinem Boden daselbst.“ (S. 18.) Indes ist selbst dieser Satz wieder nur eine Halbheit. Nicht um die im Menschen liegenden Anlagen handelt es sich, sondern darum, inwieweit ein Volk fähig ist, die ihm durch seinen Boden gebotenen Bedingungen zu verwerten, sie seinen Wirtschaftszwecken nutzbar zu machen. Nur so weit der Boden auf die Art der Unterhaltungs- gewinnung, auf die Wirtschaftsform eines Volkes ein- wirkt, wird er zu einem bestimmten Moment in der Kulturentwicklung. Der sogenannte geographische Faktor muß gewissermaßen erst in den ökonomischen Faktor eingehen resp. sich in diesen umsetzen. Konsequent weiter verfolgt, führt die Nagel'sche „Bodentheorie“ zur materialistischen Geschichtstheorie, die in der Wirtschaftsweise das bestimmende Moment des sozialen Lebens sieht. Um so feltamer ist es natürlich, wenn neuerdings selbst von angebliehen Anhängern der materialistischen Geschichtstheorie neben dem ökonomischen Faktor noch ein besonderer geographischer gestellt wird.

Zu solchen Konsequenzen gelangt jedoch Helmolt nicht. Ihn verführt seine Theorie von der Wirkung des Bodens nur dazu, die Weltgeschichte nach geographischen Völkerkreisen abzutheilen, d. h. die Geschichte von Amerika, Ozeanien, Ostasien, den Mittelmeervölkern zc. für sich als ein selbstständiges Ganze zu behandeln: eine Anordnung des Stoffes, die sich für die Natur- und älteren Halbkulturvölker eignen mag, da diese meist nur wenig durch fremde Volkselemente beeinflusst worden sind, die aber für die modernen Kulturvölker, von denen doch keines ein eigentlich selbstständiges geistiges Leben führt, als ein entscheidender Nachschritt gelten muß. Zudem steht diese Anordnung wenig im Einklang mit Helmolt's Auffassung, daß in der „Kette der gegenseitigen Beeinflussungen keine Lücke lassen darf“. Jedenfalls ist doch wohl, um nur ein beliebiges Beispiel zu nehmen, der Einfluß Englands auf die Geschichte der nord-amerikanischen Vereinigten Staaten ein ungleich bedeutenderer gewesen, als jener der früheren Besitzer des Bodens, der nordamerikanischen Indianerstämme.

Doch man darf das ganze theoretische Programm, das Helmolt entwickelt, überhaupt nicht allzu genau nehmen. Es ist ein Programm, das nur dem Willen Ausdruck giebt, der Geschichtsdarstellung selbst

aber, wie der vorliegende erste Band der neuen Weltgeschichte beweist, nur in sehr geringem Maße zur Richtschnur gedient hat. Das zeigt sich gleich in dem der Helmolt'schen theoretischen Einführung folgenden zweiten Teil des ersten Bandes, dem Aufsatz Professor J. Kohlers über die „Grundbegriffe einer Entwicklungs- und Kulturgeschichte der Menschheit“. Hier ist nur noch ganz nebenbei vom Einfluß des geographischen Faktors die Rede. Selbst die Entwicklung der materiellen Kultur (die Werkzeugbereitung, Hausbau, Ackerbau, Kleidung zc.) wird nicht in ihren Beziehungen zur Bodenbeschaffenheit und zum Klima untersucht. Der Standpunkt, von dem Kohler ausgeht, deckt sich völlig mit dem der vergleichend-psychologischen Richtung in der Ethnologie, die bekanntlich eine selbstständige geistige Fortentwicklung der Menschheit annimmt, entsprechend den von vornherein vorhandenen Keim- anlagen. Kohler läßt denn auch sein zweites Kapitel gleich mit dem Satz beginnen: „Die Weltgeschichte giebt uns ein Bild der Entwicklung der Menschheit, d. h. der Entfaltung der in der Menschheit liegenden Keime.“

Als dritten Teil bringt der erste Band eine theoretische Darlegung von Prof. Friedrich Nagel, betitelt „Die Menschheit als Lebenserscheinung der Erde“, und darauf folgt „Die Vorgegeschichte der Menschheit“ von Prof. Johannes Ranke. Nach Helmolt's programmatischer Einleitung wird man geneigt sein, anzunehmen, daß dieser die „Vorgegeschichte“ behandelnde Abschnitt sich auf die modernen ethnologischen Forschungen stützt und thatsächlich eine Uebersicht über den sogenannten vorgegeschichtlichen Entwicklungsstand der Menschheit bietet. Nichts von alledem. Der IV. Teil ist in der Hauptsache lediglich ein kurzgefaßter Auszug aus Ranke's bekanntem Werk „Der Mensch“. Wir erhalten darin nur eine Schilderung der paläolithischen und neolithischen Funde in Europa und eine auf diesen beruhende kurze Darstellung der materiellen Kultur und der Lebensweise des europäischen Steinzeitmenschen.

Stehen aber schon diese Teile zumeist in einem recht sonderbaren Verhältnis zum Programm, so noch mehr der fünfte Teil, der die Geschichte Amerikas von Prof. Konrad Häbler enthält. Häbler bezieht zwar gleich das erste Kapitel „Die amerikanischen Naturvölker“, aber von dem Entwicklungsstand der indianischen Stämme, ihren sozialen Einrichtungen, ihrer Lebensführung, ihrer Kunstfertigkeiten zc., erfahren wir so viel wie nichts. Dagegen bietet Häbler eine lange, auf linguistischen und archäologischen Studien aufgebauten Schilderung der wahrscheinlichen Wanderungen und der sprachlichen Zusammenhänge der verschiedenen Stämme; größtenteils bloße Hypothesen, die für die Beurteilung des Entwicklungsstandes der amerikanischen Bevölkerung ziemlich nebensächlich sind. Und das Gleiche gilt von Häblers Ausführungen über die mittel- und südamerikanischen Halbkulturvölker, die Mapas, Chibchas, Chibchas und Altperuaner. Soweit er überhaupt auf den Kulturstand eingeht, beschränkt er sich meist auf eine Veranschaulichung ihrer Bauwerke und alten Christenmethoden. Von den den Anordnungsformen, der geschlechtlichen Organisation, den politischen Institutionen, der Wirtschaftsweise usw. wird nicht gesprochen. Wohl aber hat Häbler sich bemüht, aus den widersprüchlichen, halbmythischen historischen Ueberlieferungen der amerikanischen Halbkulturvölker eine Art ältere Geschichte zusammenzustellen, obgleich das vorhandene Material recht wenig Sicheres bietet.

Nur auf die alternativen Kulturzustände geht Häbler etwas näher ein. Eine auf eigenen eingehenden Quellenforschungen aufgebauten Darstellung bringt er jedoch auch hier nicht; die bezüglichen Ausführungen sind nichts als ein knappes Resümee aus den Comentarios reales (königlichen Commentaren) des Garcilaso de la Vega. Wie üblich, wendet sich zwar auch Häbler gegen Garcilaso's Leistung auf historischem Gebiet, doch das hindert ihn nicht, daß er dessen kritik- und gedankenlose Angaben einfach wiederholt. Möglich, daß er sie nicht direkt dem Garcilaso'schen Werk entnommen hat, sondern sie anderwärts gefunden hat, vielleicht bei J. J. v. Tiquandi und B. V. Wehm oder bei Prescott. Außer diesen Schriften dürfte Häbler noch die Historia natural y moral de las Indias (Natur- und Sittengeschichte Indiens) des Joseph de Acosta und vielleicht die Crónica del Perú des Siega de Leon benutzt haben. Alle die neuerdings aus den „indischen Archiven“ ausgegrabenen Quellschriften der frühesten spanischen Verwaltungsbeamten und Geistlichen scheinen ihm unbekannt geblieben zu sein, wenigstens bleibt es sonst unbegreiflich, daß Häbler nur wiederholt, was sich in jeder beliebigen anderen Geschichte Amerikas auch findet. Und doch bietet gerade für den Nagel's „Bodentheorie“ acceptierenden Historiker die Kultur Altperus ein ganz besonders günstiges Untersuchungsgebiet. Die eigenartigen Kulturverhältnisse der Hochländer an der Küste im Gegensatz zu jenen des andinen Gebirgslandes liefern eine prächtige Gelegenheit zu zeigen, wie die Bedingungen des Klimas und der Bodenbeschaffenheit auf die Anordnungsformen, die Wirtschaftsweise, die Ausbildung besonderer technischer Fähigkeiten hingewirkt haben.

Auch in der Darstellung der Geschichte Nordamerikas und speziell der Vereinigten Staaten gelangt nirgends die neue Theorie zur Anwendung, nur sind vielleicht in der Schilderung des Unabhängigkeitskrieges und seiner Ursachen die Handelsverhältnisse etwas eingehender gewürdigt, wie sonst wohl der Fall. Dagegen kommt in der Darstellung des Unionkrieges der wirtschaftliche Gegensatz zwischen den Nord- und Südstaaten nur schwach zum Ausdruck. Für Häbler ist es wirklich der „erhabene Gedanke“ der Sklavenbefreiung, der den Norden zum Kampf gegen den Süden trieb, nur daß selber dieser Gedanke durch allerlei Rücksichten auf materielle Interessen verdeckt wurde. Sagt Häbler doch wörtlich auf Seite 545: „Aber so, wie er gelämpft worden ist, ist der Kampf gegen die Sklaverei kein stolzes Schauspiel des Sieges eines erhabenen Gedankens, sondern vielmehr ein Beweis dafür, wie dieser Gedanke durch Veräußerung mit Fragen des politischen und materiellen Interesses fast gänzlich seiner höheren Berechtigung entkleidet werden konnte.“

Wir sehen, die neue Weltgeschichte gelangt, sobald es sich nicht mehr um die bloße Theorie, sondern um ihre praktische Verwertung handelt, gar bald wieder in dasselbe Fahrwasser, in dem die alten Weltgeschichten schwimmen, — und das kann bei der Halbheit der theoretischen Grundlage auch kaum anders sein. Das Facit läßt sich in die Worte zusammenfassen: Das Werk enthält einige recht gute Ausläufe, aber sie bleiben auf die Einleitung beschränkt.

H. C.

Arbeiter-Berufskleidung für jedes Gewerke passend. 20882* Größtes Lager. Beste Qualitäten. Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu! jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, entspricht F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Friedrichstr. 91/92. Ehenwürdigkeit Friedrichstr. 91/92. Hufelager A. Rosenblum. Mk. 3,15. Ein Blick auf Schaufenster genügt, sich von der Leistungsfähigkeit abzu überzeugen. Filialen in größten Städten Deutschlands.

Hüte, Schirme. Gewöhre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pSt. 10722* Otto Gerholdt, 2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgerstraße. Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kindertische, Kinderklappstühle, Krankwagen, auch leihweise für Erwachsene u. Kind, Triumphstühle, Reise- u. Papierkörbe, Blumentische, Korbwaren jeder Art, Kinderbotstalten. Größtes Lager Berlin. Auf Kinderwagen gest. Teilzahlung. A. W. Schulz, Brunnenstr. 95, vis-a-vis Humboldthaus, 3 Min. v. Bahnh. Gesundbr. Fernspr. Amt III. 1767. Musterh. anat. u. fr. Rüst. 5 z. achten.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche ausschließlich eigenes Fabrikat. — Spezialität: Arbeiter-Berufskleidung: Blau Röper-Jacken R. 1,65, steigend je nach Größe um 10 Pf. Blau Röper-Hosen, in allen Längen, R. 1,65. Arbeiterhemden, Blusen, Watertücher u. Monteurhemden. D. Wurzel & Co., Brangelstr. 17.

Konfurmäßenverkauf. Die zur Pianofortefabrikant Ottomar Kälberer'schen Konfurmäße gehörigen Waren, Materialien, Heuflilien und Werkzeuge sollen bei annehmlichem Gebote im ganzen gegen Barzahlung verkauft werden. Die Besichtigung kann am Montag, den 3. Juli, vorm. 10 bis 12 und nachm. 3 bis 6 Uhr, Köpenickerstr. 139, Lagergebäude 4 Tr., wofür Bescheid und Verkaufsbedingungen anfordern, erfolgen. Schriftliche Aufgebote sind in geschlossenen Couverts nebst den Betrugsfunktionen von je 1000 Mk. bis Dienstag, den 4. Juli cr., nachmittags 5 Uhr, in meinem Bureau, Fünferstr. 131 abzugeben. 21242* Berlin, den 30. Juni 1899. Wilhelm Rosenbach, Verwalter der Roffa.

